



# BDI

Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.



## Fakten und Argumente

---

Positionen des BDI für das Wahljahr 2009

---



## Vorwort

---

Die Industrie und die industrienahen Dienstleister sind das stabile Fundament, auf dem die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes beruht. Dieses Fundament gilt es zu sichern, damit die Unternehmen in Deutschland gestärkt aus den Folgen der internationalen Finanzmarktkrise hervorgehen können. Wachstumstreiber müssen aktiviert, Wachstumsbremsen gelöst werden.

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie hilfreich wirtschaftliches Wachstum ist: Zusätzliche Arbeitsplätze wurden geschaffen, die sozialen Sicherungssysteme konnten stabilisiert werden, notwendige Investitionen in die Zukunft ließen sich leichter finanzieren. Trotzdem blieb das Potentialwachstum zu gering – der Wachstumspfad könnte höher sein.

Auch die deutsche Wirtschaft ist inzwischen von der weltweiten Rezession betroffen. Der Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen belastet die deutsche Wirtschaft schwer. Auch die Finanzierungskonditionen für deutsche Unternehmen haben sich verschärft. Der Staat wird diese Situation nicht alleine meistern können. Gemeinsam mit der Wirtschaft muss er Vertrauen schaffen, um langfristig private Investitionen zu ermöglichen.

Die gegenwärtige Situation erfordert von allen Entscheidungsträgern besondere politische Energie, Weitsicht und Entschlossenheit. Das im Dezember 2008 verabschiedete Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die folgenden Konjunkturmaßnahmen waren wichtige Bausteine. Die Bundesregierung hat kraftvoll und in enger Kooperation mit den europäischen Nachbarn auf die Finanzmarktkrise reagiert.

Die Politik darf jetzt nicht stehen bleiben. Gerade im Wahljahr 2009 steht Deutschland an einem Scheideweg. Es gilt neue Belastungen zu vermeiden, Vorrang für Zukunftsausgaben zu sichern und grundlegend die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Leistungsträger zu verbessern. Damit Deutschland einen neuen Aufschwung einleiten kann und gestärkt in eine Phase höheren Wachstums tritt. Die vorliegenden Positionen des BDI bieten mit »Fakten und Argumenten« Orientierung auf diesem Weg.



**Dr. Werner Schnappauf**

Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums  
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

## Inhalt

<b>Konjunktur, Standort und Wettbewerb</b>	
Finanzmarktregulierung .....	4
Arbeitsmarkt .....	5
<b>Globalisierung, Märkte und Handel</b>	
Investitionsfreiheit .....	6
Welthandel .....	7
Entwicklungspolitik .....	8
Transatlantische Wirtschaftsintegration .....	9
Wachstumsregion Asien .....	10
Wirtschaftskooperation mit Mittelmeerrändern und Golfstaaten .....	11
<b>Mittelstand und Familienunternehmen</b>	
Mittelstand und Familienunternehmen .....	12
<b>Forschung, Technik und Innovation</b>	
Forschungsförderung .....	13
Fachkräftemangel .....	14
Hochschulpolitik .....	15
Gesundheitsmarkt .....	16
<b>Klima und Umwelt</b>	
»Ökologische Industriepolitik« .....	17
EU-Emissionshandel .....	18
Arbeitsschutzrecht .....	19
Umweltgesetzbuch .....	20
<b>Energie und Rohstoffe</b>	
Energiesicherheit .....	21
Rohstoffsicherheit .....	22
<b>Infrastruktur und Logistik</b>	
Verkehrsinfrastruktur .....	23
Mobilität und Logistik .....	24
<b>Recht und Öffentliches Auftragswesen</b>	
Kollektiv- und Sammelklagen .....	25
Geistiges Eigentum .....	26
Bürokratieabbau .....	27
Vergaberecht .....	28

---

	<b>Steuern und Finanzpolitik</b>	
	Haushaltskonsolidierung .....	29
	Unternehmensbesteuerung .....	30
	„Mehr Netto“ .....	31
	<b>Sicherheit und Verteidigung</b>	
	Verteidigungswirtschaft .....	32
	<b>Information und Telekommunikation</b>	
	Informations- und Kommunikationstechnologie .....	33
	<b>Europa und Brüssel</b>	
	Lissabon-Strategie .....	34
	Zukunftsfähige Europäische Union .....	35
	<b>Gesellschaft, Verantwortung und Verbraucher</b>	
	Verbraucherpolitik .....	36

## Finanzmarktregulierung

Die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und ihre Folgen für Industrie und industrienaher Dienstleistungen sind das beherrschende Thema in der wirtschaftspolitischen Diskussion.

Die Marktlage hat sich dramatisch zugespitzt. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz haben Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat binnen weniger Tage ein Gesetz verabschiedet, das einen wichtigen Beitrag leistet, die Märkte zu stabilisieren. Gleichwohl ist die Krise nicht ausgestanden. Die Vereinigten Staaten befinden sich in der Rezession. Die Weltwirtschaft hat sich merklich abgekühlt. Auch in Deutschland hinterlässt die Finanzkrise ihre Spuren: Der Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verringert die Dynamik der deutschen Ausfuhren. Zudem verschlechtern sich die Finanzierungskonditionen für Unternehmen hierzulande. Nicht zuletzt ist es der Finanzsektor selbst, der sich auf grundlegende Reformen der gesetzlichen Rahmenbedingungen einstellen muss.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Diskussion um eine Reform der Finanzmarktordnung ist richtig und notwendig. Augenmaß und Rationalität sind jedoch geboten. Notwendig sind ein tiefgreifender Bewusstseinswandel an den Finanzmärkten und eine Überarbeitung der geltenden Finanzmarktregeln. Funktionalisierende Finanzmärkte sind ein wichtiges Bindeglied in einer Strategie für mehr Wachstum. Die Debatte um eine Neuordnung der Finanzmarktregeln muss sich deshalb von drei Kerngedanken leiten lassen: Wie können Krisen wie die gegenwärtige künftig vermieden werden? Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um die Finanzmärkte zu regulieren, dabei aber nicht zu strangulieren? Welchen Beitrag können die Finanzmärkte auch künftig leisten, Wachstum zu finanzieren?

### Positionen des BDI:

**Finanzaufsicht optimieren und besser international koordinieren:** Das Bankenaufsichtsregime – Basel II – sollte im Rahmen internationaler Befassungen auch in den USA eingeführt werden und im Lichte der jüngsten Erfahrungen nachjustiert werden. Eine besondere Rolle bei der Kontrolle der Finanzmärkte könnte der Internationale Währungsfonds spielen.

**Rating-Agenturen in die Pflicht nehmen:** International einheitliche oder vergleichbare Zulassungs- und Aufsichtsverfahren schaffen mehr Transparenz und Qualität auf dem Ratingmarkt. Mit nationalen »Insellösungen« sind die Probleme nicht in den Griff zu bekommen.

**Transparenz von Finanzinvestoren verbessern:** Finanzinvestoren müssen mehr Transparenz über ihr Geschäft, auch hinsichtlich ihrer Verschuldungsposition zeigen. Überdies sollten wirksamere Maßnahmen gegen das sogenannte »Anschleichen« von Anlegern an Emittenten ergriffen werden.

**Risikomanagement der Banken ausbauen:** Die Anreize im Bankensektor sind falsch gesetzt, wenn risikantes Verhalten belohnt wird. Kontraproduktiv haben sich vor allem auch die Vergütungsstrukturen ausgewirkt.

**Umstrukturierung des deutschen Bankensektors vorantreiben:** Eine weitere Konsolidierung der Bankenlandschaft ist dringend erforderlich. Gruppeninterne und säulenübergreifende Kooperationen und Fusionen könnten dazu beitragen, die »Schockresistenz« der Banken zu verbessern.

## Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen ist bis November 2008 auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesunken. 2009 droht allerdings ein erneuter Anstieg der Arbeitslosenzahlen.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in den letzten Jahren deutlich an und erreichte im Oktober 2008 40,9 Mio. Dabei wurde der Anstieg vor allem durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Gleichzeitig ist das Thema »Fachkräftemangel« aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung stärker in den Vordergrund gerückt. Dessen ungeachtet hat die Armutsdiskussion in Deutschland starken Auftrieb erhalten. Dabei hat sich immer wieder gezeigt, dass vor allem Arbeitslosigkeit ein entscheidender Faktor für das Armutsrisiko in Deutschland ist. Es muss also auch in Zukunft darum gehen, so viele Menschen wie möglich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist das beste Programm zur Bekämpfung der Armut. Entscheidend dafür ist vor allem eine Fortsetzung – und nicht eine Rücknahme – der mit der Agenda 2010 in Gang gesetzten Reformen. Gleichzeitig darf das Ziel, die Lohnzusatzkosten zu senken, nicht aus den Augen verloren werden. Denn wenn die Kluft zwischen Brutto- und Nettoeinkommen sinkt, profitieren davon vor allem die Beschäftigten.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Mehr Wachstum werden wir nicht durch weniger Arbeit und mehr Regulierung erreichen. Die Reformen der Agenda 2010 haben sich gerade auf dem Arbeitsmarkt ausgezahlt. Der Aufschwung hat wieder für einen deutlichen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gesorgt. Das Konzept des Kombi-Einkommens bietet den richtigen Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung des Niedriglohnssektors. Die Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes II ist jedoch, gerade mit Blick auf die Hinzuverdienstgrenzen, verbesserungsfähig. Darüber hinaus macht sich gerade im Niedriglohnbereich die hohe Abgabenbelastung bemerkbar. Daher muss die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen auch durch eine weitere Senkung der gesetzlich verursachten Lohnzusatzkosten vorangetrieben werden. Zusätzlich brauchen wir zur Bewältigung der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels unter anderem eine verbesserte arbeitsmarktorientierte Zuwanderung.

### Positionen des BDI:

**Senkung der Lohnzusatzkosten vorantreiben:** Strukturreformen in der sozialen Sicherung müssen auf der Agenda bleiben, z. B. die Entkoppelung der Finanzierung der Kranken- bzw. Pflegeversicherung vom Arbeitsverhältnis.

**Eingriffe in die Tarifautonomie verhindern:** Die Neuregelung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes muss so gestaltet werden, dass z. B. der Tarifvorrang erhalten bleibt.

**Arbeitsrecht modernisieren:** Kündigungsschutzrecht und Befristungsrecht müssen weiterentwickelt werden.

**Arbeitsmarktpolitik weiterentwickeln:** Notwendig ist die Steuerung der Arbeitsmarktpolitik nach Wirkung und Wirtschaftlichkeit sowie die Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes II als echtes Kombi-Einkommen (u. a. Anpassung der Hinzuverdienstregeln).

**Zuwanderung erleichtern:** Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung muss durch Einführung eines Punktesystems erleichtert werden.

## Investitionsfreiheit

Investitionen sind der Treibstoff für Wertschöpfung und damit für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land. Deutschland ist dabei in erheblichem Maß auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen.

Ausländische Investoren halten in Deutschland einen Investitionsbestand in Höhe von 439 Mrd. Euro und sichern damit direkt mehr als 2 Mio. Arbeitsplätze. Die indirekten Arbeitsplatzeffekte sind weitaus höher zu veranschlagen. Ausländische Direktinvestitionen bringen auch zusätzliches Know-how in unser Land, ohne das wir im internationalen Wettbewerb langfristig nicht bestehen können. In Zukunft wird Deutschland sogar noch stärker auf ausländische Investitionen angewiesen sein. Denn eine rapide alternde und zudem schrumpfende Gesellschaft benötigt mehr Kapital, auch aus dem Ausland: Wenn die Arbeitskräfte knapp werden, muss Arbeit in zunehmendem Maß durch Kapital ergänzt werden. Zugleich wird aber auch das Kapitalangebot aus Schwellenländern steigen, da sich diese mit zunehmender wirtschaftlicher Kraft parallel zu der Handelsverflechtung immer mehr mit Direktinvestitionen in Deutschland engagieren können.

Deutschland ist dabei, mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes sein bisheriges liberales

Investitionsregime leichtfertig aufzugeben. Damit wird unser Land eines seiner entscheidenden Wettbewerbsvorteile im globalen Standortwettbewerb beraubt. Der Staat hat bereits heute sinnvolle und ausreichende gesetzliche Vorgaben, um seiner Aufgabe, Missbräuche von Marktmacht oder von Schlüsselpositionen von Unternehmen – ob in inländischer oder ausländischer Hand – wirkungsvoll zu verhindern, gerecht zu werden.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Garant für grenzüberschreitende Investitionen ist die Investitionsfreiheit. Mit der Beschränkung der Investitionsfreiheit sind auch zukünftige Wertschöpfungspotenziale und damit Arbeitsplätze bedroht. Notwendig ist daher, Deutschlands bisherige Stellung als eine der attraktivsten Investitionsstandorte in Europa für internationale Investitionen weiter auszubauen und diese nicht zu gefährden. Eine Abkehr von den Plänen zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes ist daher dringend geboten.

### Positionen des BDI:

**Keine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes in der vorgesehenen Form:** Das Gesetzesvorhaben hat eine negative Signalwirkung auf den Standort Deutschland.

**Schaffung eines Klimas, das ausländische Investitionen befördert und nicht verhindert:** Ein liberales Investitionsregime ist dafür der Garant.

**Dem weltweit zunehmenden Investitionsprotektionismus entgegenzutreten:** Als Exportweltmeister und eng in die Weltwirtschaft eingebundenes Land sind wir auf offene Märkte angewiesen.

## Welthandel

Deutschland ist Globalisierungsgewinner. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die deutschen Warenexporte verdoppelt. Fast jeder zweite Umsatz-Euro wird im Ausland eingenommen.

Ungeachtet des verschärften globalen Wettbewerbs sind die deutschen Anteile am Weltmarkt seit dem Jahr 2000 auf 12 Prozent gestiegen. Das sichert in Deutschland Wohlstand und Millionen Arbeitsplätze.

Gleichzeitig sehen sich unsere Unternehmen beim Einkauf von Vorprodukten und Rohstoffen und beim Absatz ihrer Produkte und Dienstleistungen auf den Auslandsmärkten zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Kleine und große Industrieunternehmen haben in fremden Ländern oft mit hohen Zöllen und Abgaben, Bürokratie, mangelnder Rechtssicherheit und wettbewerbsverzerrenden Regierungsinterventionen zu kämpfen. Gerade die großen Schwellenländer wie Brasilien, China, Russland und Indien, die in den nächsten Jahrzehnten noch erheblich an Bedeutung in der Weltwirtschaft gewinnen werden, weisen noch erhebliche tarifäre- und nichttarifäre Handelshemmnisse auf. All dies zeigt: Deutschland und Europa braucht eine Politik, die sich offensiv und engagiert für offene Märkte und verlässliche Rahmenbedingungen für den Welthandel einsetzt.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

In konjunkturell schwierigen Zeiten benötigt die Weltwirtschaft mehr Handel und nicht weniger. Von der Handelspolitik können deutliche Schritte gegen den Protektionismus und für eine erfolgreiche internationale Zusammenarbeit eingeleitet werden. Das Rückgrat des Welthandels ist und bleibt dabei die World Trade Organization (WTO). Die deutsche Industrie erwartet von der Politik, dass die Doha-Runde der WTO zu einem positiven Abschluss gebracht wird. Die Marktöffnung muss vorangetrieben werden, insbesondere in den wichtigen Zukunftsmärkten. Parallel dazu muss die EU ihre Handelsbeziehungen zu Ländern von strategischer Bedeutung gezielt stärken. Hierzu gehören Schwellen- und Industrieländer in Asien ebenso wie die Vereinigten Staaten, Russland und der Mercosur.

### Positionen des BDI:

**Die WTO-Runde abschließen. Die Interessen der europäischen Industrie wahren:** Bundesregierung und EU müssen sich dafür einsetzen, dass die Doha-Runde zum Abschluss gebracht wird und damit Handelsbarrieren weltweit abgebaut werden. Ein Kompromiss darf jedoch nicht um jeden Preis angestrebt werden. Es gilt, das Bekenntnis zum freien Welthandel des G20-Gipfels Mitte November 2008 in Washington D.C. in konkrete Schritte umzusetzen. Alle Industriebranchen müssen zusätzlichen Marktzugang in die Schwellenländer erhalten. Das heißt, die Flexibilitäten der Entwicklungsländer müssen begrenzt und die Antikonzentrationssklausel muss gestärkt werden. Dem wachstumsstarken China dürfen keine zu langen Implementationsfristen zugestanden werden. Keine weiteren Kompromisse bei Zollsenkungsformel und Koeffizienten. Durch Sektorabkommen sollte zusätzlicher weltweiter Marktzugang erzielt werden.

**Plurilaterale und bilaterale Handelspolitik gezielt einsetzen:** Zusätzliches Ziel der Bundesregierung zu der multilateralen Liberalisierung des Welthandels muss sein, dass die EU durch Abkommen auf plurilateraler und bilateraler Ebene mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern ein deutliches Plus an Marktzugang erzielt. Im Fokus sollte sowohl der Abbau von tarifären, als auch von nichttarifären Handelshemmnissen stehen.

## Entwicklungspolitik

Ohne ein von privatem Engagement getragenes Wirtschaftswachstum ist die unter dem Dach der Vereinten Nationen angestrebte Erreichung der »Millennium-Entwicklungsziele« kaum vorstellbar.

Sowohl die vereinbarten Fortschritte bei der nachhaltigen Bekämpfung von Armut wie auch die Zielvorgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Umweltschutz erfordern den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft, in der die Industrie eine zentrale Rolle spielt.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum

Privatwirtschaftliches Engagement kann sich nur dort entfalten, wo entsprechend förderliche und verlässliche Rahmenbedingungen gegeben sind. Fehlen diese, entstehen in- und ausländischen Investoren unnötige Kosten für Planung, Finanzierung, Betrieb und Risikoabsicherung. Ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) muss es daher sein, stärker als bisher zur Senkung der Transaktionskosten unternehmerischer Initiativen beizutragen.

Die unmittelbare Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollte in der Entwicklungspolitik gleichberechtigt neben die klassische Kooperation staatlicher Akteure rücken. Unter Hinweis auf ihre internationalen Erfahrungen und gemeinsam mit EZ-Durchführungsorganisationen kann die deutsche Wirtschaft Entwicklungsprojekte effizienter

planen und ausführen. Neben einer systematischen Weiterentwicklung und besseren Mittelausstattung des PPP-Instrumentariums (Public Private Partnership) erfordert dies innovativere Formen der Kofinanzierung, etwa im Bereich Infrastruktur oder beim Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Zur besseren Abfederung von Betreiberisiken ist das außenwirtschaftliche Garantieinstrumentarium der Bundesregierung zu erweitern.

Dem fairen Zugang deutscher Unternehmen zu Aufträgen europäischer und multilateraler Entwicklungsorganisationen muss größere Beachtung geschenkt werden. Vergaberegeln sind transparent und möglichst einheitlich zu gestalten und anzuwenden – auch in Partnerländern.

Zur Verzahnung von Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik müssen Institutionen auf Politik- und Durchführungsebene intensiver und effizienter kooperieren. Der BDI regt dazu auch die Einrichtung eines interministeriellen Ausschusses »Entwicklungskooperation« an. Bei der konkreten Ausgestaltung wirtschaftsrelevanter Bereiche der Entwicklungspolitik ist die Wirtschaft zeitnah und eng zu konsultieren.

## Positionen des BDI:

**Privatsektorfremdliche Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern fördern:** Ausbau der Beratungsleistungen in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Verwaltungsmodernisierung, Justizreform, Schutz geistigen Eigentums und Integration in die globale Arbeitsteilung; Ausbau der Infrastrukturfinanzierung.

**Entwicklungspolitisches Instrumentarium flexibilisieren:** Stärkerer Einbezug der Wirtschaft in Entwicklungsprojekte, Ausbau des PPP-Instrumentariums, Erweiterung außenwirtschaftlicher Garantieinstrumente.

**Fairen Wettbewerb um Aufträge aus EZ-Vorhaben ermöglichen:** Faire und transparente Vergabeverfahren für entwicklungsfinanzierte Vorhaben auf europäischer und multilateraler Ebene, keine verstärkte Anwendung nationaler Vergaberegeln in Partnerländern.

**Verzahnung mit anderen Politikfeldern fördern:** Systematische Vernetzung von Institutionen und Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenwirtschaftsförderung; Einrichtung eines interministeriellen Ausschusses »Entwicklungskooperation«; frühzeitige und enge Konsultation der Wirtschaft bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Entwicklungspolitik.

## Transatlantische Wirtschaftsintegration

Die USA sind der größte Absatzmarkt für deutsche Produkte außerhalb der EU und das wichtigste Empfängerland deutscher Direktinvestitionen. Acht Prozent der deutschen Exporte und 30 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen entfallen auf die USA.

Die USA und Europa sind zudem die beiden größten Wirtschaftsregionen der Welt. Sie erwirtschaften zusammen rund 60 Prozent des Weltsozialproduktes und vereinen 70 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen auf sich. Dennoch behindern noch immer Handelshemmnisse, vor allem im nicht-tarifären Bereich, die Wirtschaftsbeziehungen. Ein Abbau dieser Hemmnisse und eine weitere Liberalisierung des transatlantischen Wirtschaftsraumes könnten auf beiden Seiten des Atlantiks zu Wachstumspulsen von ca. 3 Prozent des BIP führen. Gleichzeitig würde sich die Wettbewerbsfähigkeit der transatlantischen Wirtschaft erhöhen in einem Umfeld zunehmenden internationalen Konkurrenzdruckes.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Mit der auf dem EU-USA-Gipfel Ende April 2007 beschlossenen Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration wurden verbesserte Voraussetzungen für den Abbau bestehender Marktzugangsbeschränkungen und einer engeren Zusammenarbeit geschaffen. Die Rahmenvereinbarung umfasst konkre-

te Maßnahmen (»Leuchtturmprojekte«) für eine Kooperation in den Bereichen geistiges Eigentum, Finanzmärkte, regulatorische Zusammenarbeit, Investitionen, sicherer Handel sowie Innovationen und Technologie. Als Umsetzungsgremium wurde der »Transatlantic Economic Council« (TEC) eingerichtet.

Die deutsche Wirtschaft begrüßt die Ergebnisse des Transatlantischen Wirtschaftsrats vom 13. Mai und 12. Dezember 2008. Der TEC hat für die deutsche Industrie Fortschritte in wichtigen Bereichen erzielt, wie z. B. die gegenseitige Anerkennung der Rechnungslegungsstandards und beim Import von EU-Elektrogeräten in die USA. Zum Thema Investitionen wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen, in der die EU und die USA bekräftigen, Investitionsbarrieren im transatlantischen Markt abzubauen und ein offenes Investitionsregime zu fördern. Beim EU-USA-Gipfel am 10. Juni 2008 in Ljubljana/Slowenien hat der TEC einen Bericht mit den Ergebnissen der letzten zwölf Monate vorgelegt und den Prozess bekräftigt.

## Positionen des BDI:

**Beschlossene Rahmenvereinbarung zügig und vollständig umsetzen:** Die angekündigten Ergebnisse bei den vereinbarten Leuchtturmprojekten müssen vorgelegt werden. Konkretisierung und Umsetzung der Leuchtturmprojekte müssen in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erfolgen. Der TEC kann einen positiven Beitrag zur Lösung der Finanzmarktkrise leisten, indem er die transatlantische Zusammenarbeit im Finanz- und Kapitalmarkt vorantreibt. Beispielsweise wäre die Umsetzung der strengen Eigenkapitalrichtlinien »Basel II« in den USA eine vordringliche Maßnahme.

**Neue Themen einbeziehen:** Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen EU und USA ist beim Thema Energie und Klima anzustreben, insbesondere im Bereich Energie, Energieeffizienz und Innovationstechnologie.

**TEC politisch flankieren:** Im Hinblick auf die politischen Vereinbarungen in Washington und Brüssel ist es wichtig, das politische Momentum – in Europa und in den USA – aufrechtzuerhalten, um die transatlantische Initiative weiter voranzubringen. Die Kontinuität des TEC muss nicht nur durch die neue US-Administration, sondern auch über die Europawahlen und die Wahl der neuen EU-Kommission 2009 hinaus sichergestellt werden. Die Bundesregierung ist gefordert, den Prozess weiter zu unterstützen und politisch zu flankieren.

## Wachstumsregion Asien

Mit wachstumsstarken und bevölkerungsreichen Ländern wie China und Indien wird sich Asien auf Dauer zum wichtigsten wirtschaftlichen Zentrum weltweit entwickeln.

Der hohe Investitionsbedarf (Bauboom, Ausbau der Verkehrs- und Energieinfrastruktur) sowie eine wachsende kaufkräftige und konsumfreudige Mittelschicht bieten ein großes Marktpotenzial für deutsche Unternehmen. Trotz Konjunkturertrübung in Folge der Finanzkrise wird Asien weiterhin ein hohes Wirtschaftswachstum aufweisen und zu einer Abfederung der Abwärtsbewegung der Weltwirtschaft beitragen. Aber nicht nur als Handels- und Investitionspartner steigt die Bedeutung Asiens. Auch bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, beispielsweise beim Klima- und Umweltschutz, wird die Einbindung der großen asiatischen Schwellenländer immer wichtiger. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Asien muss mit einer Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz, beispielsweise durch einen breiten Einsatz von Umwelttechnologien, die Modernisierung von Kraftwerken und Industrieanlagen und dem Ausbau einer tragfähigen Abfall- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur, einhergehen.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die deutsche Industrie verfügt über das technologische Know-how, um gemeinsam mit den asiatischen Partnern Lösungen für ein nachhaltiges Wachstum zu entwickeln und davon langfristig zu profitieren. Das Engagement in Projekten wie »Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung« mit thematischem Fokus auf »nachhaltiger Urbanisierung«, die Unterstützung beim Aufbau innovationsfreundlicher Standortbedingungen (Schutz geistigen Eigentums, kein »erzwungener« Technologietransfer) sind Schlüsselthemen. Für ein nachhaltiges Wachstum in Deutschland müssen wir als Exportweltmeister für offene Märkte und den Abbau weltweiter Marktzugangshemmnisse eintreten. Mit dem Ausbau von Handel und Investitionen in beide Richtungen will die deutsche Industrie dazu beitragen, Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.

### Positionen des BDI:

**Handelsbeziehungen verbessern und Dialog auf Augenhöhe pflegen:** Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse in Asien.

**Gleichberechtigten Marktzugang für deutsche Investoren schaffen:** Insbesondere Öffnung von Branchen, in denen ausländische Investoren in Asien nur limitierten Zugang haben und Gleichbehandlung deutscher Hersteller vor Ort bei öffentlichen Ausschreibungen.

**Internationale Verantwortungsgemeinschaft zu Nachhaltigkeit ausbauen:** Einbindung zentraler Akteure wie China und Indien in internationale Lösungen (Klimaschutz, offene Rohstoffmärkte, Schutz geistigen Eigentums, »Heiligendamm-Prozess«).

**Keine Unterscheidung der Partnerländer** in Asien in solche, die unsere Werte teilen (Indien, Japan) und solche, denen wir Wertedefizite unterstellen (China).

**Die Innovations-Kooperation ausbauen:** Dies gilt v. a. für die Zusammenarbeit mit asiatischen Hightechländern, wie Japan, Singapur, Südkorea und Taiwan. Intensivierung der F&E-Kooperation mit Beteiligung von Unternehmen und Forschungsinstitutionen wie in der deutsch-japanischen F&E-Kooperationsplattform »www.partner-for-innovation.de«.

## Wirtschaftskooperation mit Mittelmeeranrainern und Golfstaaten

Deutschland hat in den vergangenen Jahren überproportional von der Globalisierung profitiert. Neben Qualität und Innovation befördert vor allem die weltweite Öffnung und Integration der Märkte den deutschen Exportsektor. Dabei gewinnen die Nachbarregionen Europas mehr und mehr an Bedeutung.

So verzeichnen beispielsweise die deutschen Exporte in die nordafrikanischen und nahöstlichen Mittelmeeranrainer sowie in die arabischen Golfstaaten einen Anstieg um 13,8 Prozent respektive 16,8 Prozent im ersten Halbjahr 2008.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Am 1. Januar 2008 ist zwischen den Mitgliedern des Golfkooperationsrates (GCC) ein gemeinsamer Markt in Kraft getreten, was die wirtschaftliche Integration der arabischen Halbinsel befördert und die Attraktivität dieser Region als Handelspartner und Investitionsziel weiter erhöht. Vor diesem Hintergrund müssen die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem GCC aktiv vorangetrieben werden.

Die Bundesrepublik verhandelt darüber hinaus mit einigen Ländern der Region über Abschluss bzw. Neufassung von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Besondere Aufmerksamkeit kommt hierbei der geplanten Neufassung

des DBA mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zu, die in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Exportmarkt für deutsche Güter in der Region aufgestiegen sind. Die Vorteile, die sich für deutsche Unternehmen aus dem bisherigen DBA ergeben haben, sollten unbedingt gewahrt werden (insbesondere die Beibehaltung der Freistellungsmethode).

Die wirtschaftliche Integration mit seinen Nachbarn liegt im unmittelbaren Eigeninteresse Europas. Die im Rahmen von diversen Assoziierungsabkommen mit den Mittelmeeranrainern getroffenen Vereinbarungen, etwa zum gegenseitigen Zollabbau, sind wichtige Erfolge des Barcelona-Prozesses. Es obliegt nun der daran anknüpfenden Mittelmeerunion, die Bemühungen beider Seiten um weitere Verbesserungen der unternehmerischen Rahmenbedingungen sowie konkrete Projekte, beispielsweise im Infrastrukturbereich, weiter voranzubringen. Die frühzeitige Integration der Privatwirtschaft in diesen Prozess ist dabei entscheidend.

### Positionen des BDI:

**Verhandlungen über EU-GCC-Freihandelsabkommen zum Abschluss führen:** Angesichts der fortgeschrittenen Verhandlungen einiger GCC-Staaten mit außereuropäischen Wettbewerbern, beispielsweise den USA, ist eine baldige Einigung zwischen EU und GCC unbedingt erforderlich.

**Doppelbesteuerungsabkommen mit der Region mit Rücksicht auf die Wettbewerbssituation vor Ort gestalten:** Im Falle der VAE hat ein Wegfall der Freistellungsmethode negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen vor Ort, da lokale und internationale Unternehmen weiterhin von den lokalen Steuervorteilen profitieren könnten.

**Europäische Nachbarschaftspolitik konsolidieren. Privatwirtschaft integrieren:** Die Mittelmeerunion muss – unter Einbindung der Privatwirtschaft – durch konkrete Projekte, etwa im Energie- und Infrastrukturbereich, sowie gemeinsame Bemühungen um verbesserte unternehmerische Rahmenbedingungen ausgestaltet werden.

## Mittelstand und Familienunternehmen

Industrieller Mittelstand und Familienunternehmen bilden im Hinblick auf Beschäftigung, Investitionen und technischen Fortschritt das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Mehr als 100.000 Industrieunternehmen in Deutschland sind Mittelständler.

Der Mittelstand stellt mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zur Verfügung. Gut 83 Prozent der Industrieunternehmen sind Familienunternehmen. Aufgrund ihrer engen Bindung an ihr Unternehmen und ihre Beschäftigten sind sie zentraler Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Sie schaffen Werte und Strukturen und tragen so maßgeblich zu Wachstum und Beschäftigung in Deutschland bei. Nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften haben im Bereich des industriellen Mittelstandes »Hidden Champions« hervorgebracht, die auf den Weltmärkten eine führende Rolle spielen. Dieses Markenzeichen des Industriestandortes Deutschland müssen wir stärken, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Eine ausgewogene Unternehmensgrößenstruktur und ein unabhängiges, selbstständiges Unternehmertum sind grundlegend für einen funktionierenden Wettbewerb und damit für die Steigerung von Wertschöpfung am Standort Deutschland.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

An erster Stelle steht der Wunsch, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen die Rolle der inhabergeführten

Unternehmen berücksichtigen. Die Konzentration der Politik auf Publikumsgesellschaften sowie kleinere und Kleinstunternehmen stellt für größere Mittelständler und Familienunternehmen ein Problem dar. Die Interessen des industriellen Mittelstands und der Familienunternehmen müssen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Darüber hinaus sind Verlässlichkeit, Kontinuität und Vertrauen in Politik und Gesetzgebung zentrale Elemente für Mittelstand und Familienunternehmen.

Bürokratieabbau und die Absenkung der Steuer- und Sozialabgaben bleiben die zentralen Aufgaben mit Blick auf Mittelstand und Familienunternehmen. Besonders wichtig sind hierbei Nachbesserungen der Unternehmenssteuerreform. Ein grundlegender und auch materieller Abbau bürokratischer Vorschriften muss auf der Agenda bleiben. Weitere politische Kernaufgaben sind die Senkung der Lohnzusatzkosten und Reform des Arbeitsmarkts. Ausbildungs- sowie Forschungsförderung werden vor dem Hintergrund des steigenden internationalen Wettbewerbs um Fachkräfte und Innovation immer wichtiger.

### Positionen des BDI:

**Die Kernprobleme des Mittelstands angehen:** Senkung der Lohnzusatzkosten durch Reform der Sozialsysteme, Nachbesserung der Unternehmensteuerreform sowie Arbeitsmarktflexibilisierung bleiben die Hauptaufgaben für Mittelstand und Familienunternehmen.

**Bürokratie abbauen:** Einfachere und bessere Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene hilft besonders mittelständischen Unternehmen, Wachstumspotenziale besser zu nutzen.

**Forschung und Innovation fördern:** Die Innovationsfähigkeit ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen.

**Marktzugangschancen verbessern:** Abbau von Handelsbarrieren, Vollendung des europäischen Binnenmarktes, Unterstützung bei Internationalisierung.

## Forschungsförderung

Die EU verfolgt weiter das Ziel, zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Erde zu werden. Ein konkreter Baustein ist der Plan, bis zum Jahre 2010 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des BIP zu steigern.

Davon sollen ein Drittel vom Staat und zwei Drittel von der Wirtschaft erbracht werden. Das Drei-Prozent-Ziel ist noch nicht erreicht: Ein Forschungs- und Entwicklungsanteil (FuE) am Bruttoinlandsprodukt von 2,54 Prozent für 2007 bedeutet zwar einen deutlichen Anstieg gegenüber den Vorjahren, ist aber noch ein gutes Stück von der Ziellinie entfernt. Der Anstieg ist vor allem durch den Wirtschaftssektor bedingt, dessen Anteil im Jahr 2007 1,77 Prozent beträgt. Der Beitrag des Staates ist nahezu konstant geblieben. Um das Drei-Prozent-Ziel zu erreichen, hat die EU-Kommission in ihrer Mitteilung den Mitgliedstaaten empfohlen, die steuerliche Förderung von Ausgaben für FuE einzuführen. Auch die Mittelverteilung gilt es zu überdenken: Obwohl der Staat pro Jahr rund 17 Mrd. Euro für FuE in Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft aufwendet, sind die gewählten Förderschwerpunkte und vor allem die Höhe der dafür vorgesehenen Mittel nicht immer sachlich nachvollziehbar.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die steuerliche Forschungsförderung sollte als Ergänzung zur Projektförderung unverzüglich eingeführt werden. Alle

größeren und die meisten kleineren OECD-Länder verfügen über dieses Instrument, nicht aber Deutschland. Die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung ist aus standort- und innovationsökonomischen Gründen gleichermaßen dringend geboten und wird unisono von EU-Kommission, Wissenschaft und Wirtschaft befürwortet. Zu dem gleichen Ergebnis kommt die Arbeitsgruppe der Forschungsunion zur Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.

Erforderlich darüber hinaus ist eine nachprüfbar wertschöpfungsorientierte Ausrichtung von wirtschaftsrelevanten Forschungsförderprogrammen, die es erlauben, auf besonders zukunftssträchtigen Sektoren die nötige Schubkraft für innovative Technologien im Wettbewerb der Nationen zu entwickeln. Die Mittel sollten proportional zu dem zu erwartenden Beitrag zur Wertschöpfungssteigerung in Deutschland vergeben werden. Darüber hinaus ist schon bei der Forschungsförderung darauf zu achten, dass die Rahmenbedingungen erlauben, die erzielten Ergebnisse auch zügig in Anwendungen für die Märkte einzusetzen.

### Positionen des BDI:

**Steuerliche Forschungsförderung unverzüglich einführen** durch Steuergutschrift in Höhe von 10 Prozent des FuE-Aufwandes der Unternehmen. Dabei muss die Bemessungsgrundlage über die Frascati-Definition der OECD hinausgehen und auch Teile der Konstruktionsaufwendungen mit einbeziehen.

**Wirtschaftsrelevante Forschungsförderungsprogramme (Projektförderung) nachprüfbar wertschöpfungsorientiert ausrichten.**

**Rahmenbedingungen innovationsfreundlich gestalten** insbesondere bei Sektoren mit hohem innovativen Potenzial.

**Industrielle Gemeinschaftsforschung ausbauen:** Stärkere Verknüpfung von Grundlagenforschung mit der Anwendungsorientierung (Zielsetzung der Forschungsprämie und anderer Instrumente).

## Fachkräftemangel

Die Wirtschaft stellt seit Jahren einen akuten Mangel an Fachkräften, insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und bei Ingenieuren fest. Im vergangenen Jahr fehlten allein 70.000 Ingenieure, was in Deutschland zu einem Verlust von 7,2 Mrd. Euro an Wertschöpfung führte.

Durch die Bevölkerungsentwicklung wird das Erwerbspersonenpotenzial weiter abnehmen. Das wird den Fachkräftemangel in Zukunft noch weiter verschärfen. Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) schätzt den Fehlbedarf bei sonstigen Akademikern neben den Ingenieuren auf knapp 276.000. Auch im gewerblichen Bereich fehlt es an Fachkräften. Eine aktuelle Studie der vbw und der Prognos AG für das Jahr 2030 hat eine Fachkräftelücke für Deutschland von 5,5 Millionen Arbeitskräften und einen hierauf beruhenden Wohlstandsverlust von bis zu 4,6 Milliarden Euro errechnet.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Fachkräftemangels äußern sich als ein Wertschöpfungsverlust, der

den Unternehmen in Folge von entgangenen Aufträgen und Verzögerungen im Bereich von Entwicklung und Produktion entstehen. Eine vollständige Beseitigung des Fachkräftemangels im Jahr 2006 hätte mindestens 18,5 Mrd. Euro an zusätzlicher Wertschöpfung erbracht (Berechnungen des IW Köln). Kurzfristig lässt sich der Fachkräftemangel vor allem durch verstärkte Anwerbung von hochqualifizierten Ausländern bekämpfen. Hier müssen immer noch bestehende Hürden im deutschen Zuwanderungsrecht beseitigt werden. Mittel- und langfristig muss das Qualifikationspotenzial der Jugend in Deutschland besser ausgeschöpft werden. Insbesondere die so genannten MINT-Kompetenzen (Fächer Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften) müssen in allen Bildungsbereichen gestärkt werden.

### Positionen des BDI:

**Neuregelung des Zuwanderungsrechts:** Nötig ist ein Punktesystem, das Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse, Familienstand und Arbeitsmarktsituation berücksichtigt.

**Einkommensschwelle für hochqualifizierte Zuwanderer herabsenken** auf das Niveau des durchschnittlichen Bruttoeinkommens von Akademikern in Deutschland.

**Professionelles Marketing:** Bereitstellen einer Internet-Seite »Work in Germany« mit Informationen zum Arbeitsmarkt in Deutschland.

**MINT-Kompetenzen stärken:** Einsparpotenziale durch rückläufige Schülerzahlen können gezielt für die Stärkung von MINT-Kompetenzen eingesetzt werden.

**Kompetenzorientierte Gestaltung der MINT-Studiengänge:** Verbesserung der Didaktik und Erhöhung des Frauenanteils.

**Senkung der Schwundquoten in den MINT-Studiengängen** bei Aufrechterhaltung von Qualität und Leistungsorientierung.

**Bildungsbeteiligung** insgesamt durch intensivere und bessere Bildung in Vorschule, Schule und Hochschule verbessern.

## Hochschulpolitik

Ein Studium in Deutschland dauert zu lange und ist zu teuer. Die Studienzeit liegt über der Regelstudienzeit: durchschnittlich fast zwei Semester an Fachhochschulen und um rund drei Semester an Universitäten.

Das aktuelle Hochschulfinanzierungssystem setzt für die Bundesländer keine Anreize, das Angebot an Studienplätzen bedarfsgerecht und qualitätsorientiert auszubauen. Es führt eher zu einem Abbau bestehender Kapazitäten. Der Hochschulpakt ist in diesem Zusammenhang kein systematisch angelegter Lösungsweg. Die bestehende Hochschulfinanzierung und die lange Studiendauer hängen zusammen. Es fehlt ein finanzieller Anreiz für die Hochschulen, die Studienabläufe zu optimieren und die Interessen der Studierenden angemessen zu berücksichtigen.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Ineffizienzen im Hochschulsystem sind kostspielig. Dem Arbeitsmarkt entgeht durch die überlangen Studienzeiten für ein bis zwei Jahre die Wertschöpfung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Dazu kommen hohe Kosten an den Universitäten und hohe Abbrecherquoten. Die Finan-

zierung der Hochschulen muss daher so umgestellt werden, dass die Qualität des Studiums verbessert und ein Ausbau von Studienplätzen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses erreicht wird.

Die Finanzierung im Wettbewerb legitimiert die vollständige Autonomie der Hochschulen, die damit als normaler Vertragspartner der Unternehmen in Forschung und Lehre auftreten und die erforderliche Flexibilität in der Wissensgesellschaft entwickeln können (z. B. auch Stipendienverträge mit Studierenden und Hochschulen in einem »Dreiecksverhältnis«).

Die wettbewerbliche Finanzierung garantiert Exzellenz durch permanenten Wettbewerb und ist einem fallweisen Wettbewerb in Exzellenz-Initiativen mit Juryentscheidungen weit überlegen.

## Positionen des BDI:

**Investitionsorientierten bundesweiten Finanzierungspool einrichten**, in den die Länder einen Teil der Hochschulausgaben einbringen und der Aufwand und Ertrag der Länder verknüpft.

### Einbeziehung der Hochschulpolitik in die Föderalismusreform II.

Verteilung der Mittel aus dem Finanzierungspool an die Studierenden über **Bildungsgutscheine einführen**.

**Stärkung der Nachfragekomponente** und der Autonomie der Hochschulen durch eine freie Preisbildung – Begleichung der Studiengebühren durch Bildungsgutscheine und Eigenbeiträge, verknüpft mit einem Darlehens- und Stipendiensystem.

**Wettbewerb intensivieren:** Stärkung des Wettbewerbs in der Forschung durch wissenschaftsgeleiteten wie anwendungsorientierten Wettbewerb.

## Gesundheitsmarkt

Der Gesundheitssektor beschäftigt bereits heute knapp 4,3 Mio. Menschen in über 800 Berufen und gehört mit einem Anteil von 12,2 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt bereits jetzt zu den wichtigsten Sektoren der deutschen Volkswirtschaft.

Bis 2020 können BIP-Anteil und Beschäftigung über 15 Prozent des BIP hinauswachsen, wenn der Gesundheitsmarkt von der Überregulierung befreit wird. Schätzungen sprechen von rund 2 Mio. mehr Beschäftigten, davon ein erheblicher Anteil in Segmenten mit Spitzenleistungen in der Wertschöpfung pro Kopf.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Der Gesundheitssektor ist ein Wachstumssektor. Doch solange die Beiträge zur Krankenversicherung in Form von Lohnnebenkosten erhoben werden, steckt er in einem Dilemma. Einerseits müssen die Lohnkosten im Zaum gehalten werden, um die Beschäftigung angesichts fortschreitender Globalisierung zu sichern. Andererseits aber müssen die Wachstumchancen des medizinischen Fortschritts in einer alternden Gesellschaft sowohl im Interesse der Patienten als auch im Interesse von materieller Wertschöpfung und Beschäftigung voll genutzt werden. Um das Wachstumspotenzial der Gesundheitswirtschaft voll zu erschließen – um Nachhaltigkeit und Stabilität, Effizienz, Transparenz, Rechts- und Planungssicher-

heit sowie Konsistenz und Fairness sicherzustellen – ist eine grundlegende Gesundheitsreform nötig. Kurzfristig unverzichtbar ist aber vor allem eine Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung: Alleine die Deckelung des Zusatzbeitrages auf 1 Prozent des Haushaltseinkommens könnte bereits 2009 zu Finanznöten auf Kassenseite führen. Problematisch ist dies insofern, als diese Schwierigkeiten nicht in unwirtschaftlichem Handeln begründet liegen, sondern ausschließlich in der Mitgliederstruktur der betreffenden Krankenkassen. Während Deutschland früher bei Arzneimitteln den Weltmarkt dominierte, ist es bei der Produktivität auf Platz 5 zurückgefallen. Viele innovative Produkte der Medizintechnik finden in Deutschland im ersten Schritt keinen Absatzmarkt. Höchst detaillierte, wechselhafte und teilweise sogar widersprüchliche staatliche Regulierungen und damit unsichere Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik gefährden den Standort für Forschung und Entwicklung, den Ausbau der Produktion und die damit verbundene Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland.

### Positionen des BDI:

**Wettbewerb, Eigenverantwortung und Transparenz erhöhen:** Das bedeutet Marktpreisbildung für Produkte und Dienstleistungen, um Innovationen zu belohnen und zu stimulieren.

**Keine Restriktionen bei Zusatzbeiträgen** der Kassen im Gesundheitsfonds.

**Gute Verzahnung von öffentlicher und privater Forschung ermöglichen:** Bessere Rechtssicherheit in der klinischen Forschung, Kosten-Nutzen-Bewertungen nach internationalen Standards muss ermöglicht werden.

**Elektronische Gesundheitskarte einführen** und stufenweise ausbauen (z.B. durch Funktionen wie elektronisches Rezept, Arztbrief, Patientenakte).

## »Ökologische Industriepolitik«

Klimawandel, begrenzte natürliche Ressourcen und die weltweit zunehmende Nachfrage nach Energie sind Herausforderungen, die nachhaltiges Wirtschaften immer dringlicher machen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit will mit seinem Konzept einer »ökologischen Industriepolitik«, das im August 2008 vorgestellt worden ist, den notwendigen Rahmen hierfür setzen. Dieser Ansatz geht mit Recht davon aus, dass die Begrenzung des Klimawandels, die Schonung der natürlichen Ressourcen sowie die Sicherheit der Energieversorgung eng zusammenhängen und nur gemeinsam gelöst werden können.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die vorgeschlagenen Regulierungsansätze einer »ökologischen Industriepolitik« folgen der These »Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts«. Sie sind in der Summe überwiegend auf ökologische Anliegen fokussiert und daher nicht nachhaltig. Ökonomische und soziale Wirkungen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Die Grundausrichtung des Konzepts ist in der Tendenz dirigistisch und lässt ein hohes Maß an Misstrauen gegen die Kräfte des Markts erkennen. Es ist außerdem zu befürchten, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Summe zu erheblichen Mehrbelastungen für Unternehmen und Bürger führen werden.

### Positionen des BDI:

**Perspektive der Investitionsentscheider:** Maßnahmen müssen die Situation derjenigen berücksichtigen, die die Investitionsentscheidungen treffen. Dieser Blickwinkel wird durch die vom BDI initiierte Studie »Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland« vermittelt.

**Ökonomische Effizienz steigern:** Das muss das entscheidende Kriterium für eine ökologische Industriepolitik sein, d.h. vor allem kommt es darauf an, dass die Maßnahmen im Rahmen einer ökologischen Industriepolitik in den einzelnen Sektoren im Einklang mit den jeweiligen Investitionszyklen realisiert werden.

**Globale Sichtweise beachten:** Viele umweltpolitische Herausforderungen, insbesondere aber der Klimawandel, sind globale Herausforderungen, die auch global gelöst werden müssen.

## EU-Emissionshandel

Deutschland ist besonders von der Novellierung der EU-Emissionshandelsrichtlinie betroffen: Wir haben den höchsten Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung: mehr als 25 Prozent in 2006.

Deutschland hat außerdem mit mehr als 33 Prozent den höchsten Anteil an der EU-Industriegüterproduktion. Gleiches gilt für den Anteil an der EU-Grundstoffproduktion: mehr als 27 Prozent. Die Beschlüsse des Europäischen Rates sowie des Europäischen Parlaments gefährden die im internationalen Wettbewerb stehenden europäischen Industrien und belasten Unternehmen und Verbraucher. Der BDI kritisiert die geplante Festlegung der Versteigerung als generelles Zuteilungsprinzip, da die kostenfreie Zuteilung nicht das Reduktionsziel in Frage stellt. Die Versteigerung selbst bewirkt keine Minderung von Treibhausgasen, im Gegenteil, sie entzieht den Betroffenen Investitionsmittel für die Verbesserung ihrer Anlagen. Die Diskussion darüber darf nicht auf das Stichwort »Carbon Leakage« verengt werden. Dieses verharmlost die Probleme. Es geht nicht nur um »carbon«. Es geht um »jobs«. Es werden nicht nur Emissionen verlagert, sondern auch Arbeitsplätze. »Job leakage« ist das Stichwort.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Das Problem der internationalen Wettbewerbsverzerrungen ist ungelöst. Nur wenn in anderen Staaten vergleichbare Emissionsminderungsanstrengungen unternommen werden müssen, kann von uns an Versteigerung beim verarbeitenden Gewerbe gedacht werden. Sobald ein Verhandlungsergebnis nach der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 vorliegt, muss anhand klarer Kriterien beurteilt werden, ob sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten »angemessenen Beitrag« (Zitat Europäischer Rat März 2007) verpflichtet haben. Erst dann kann über die Aufstockung des EU-Minderungsziels auf – 30 Prozent entschieden werden. Die deutsche Industrie stellt Klimaschutz nicht in Frage, sondern leistet ihren Beitrag. Deutschland ist bereits jetzt Vorreiter mit hoher Lösungskompetenz.

### Positionen des BDI:

Angesichts der unabsehbaren Folgen der Finanzmarktkrise dürfen der deutschen und europäischen Industrie **keine neuen Kosten** aufgebürdet werden.

**Erhalt von kostenfreien Zuteilungen:** Um »carbon and job leakage« zu vermeiden, muss das betroffene verarbeitende Gewerbe seine Zuteilungen 100 Prozent kostenfrei auf Basis von Benchmarks erhalten, solange kein internationales Abkommen mit vergleichbaren Verpflichtungen für die Wettbewerber existiert.

**Indirekte Effekte kompensieren:** V. a. bei den stromintensiven Industrien ist der Ausgleich von indirekten Effekten ein Muss.

**Spielräume bei der Umsetzung des Klima- und Energie-Paketes nutzen:** Die Rats- und Parlamentsbeschlüsse haben inzwischen Spielräume für die Umsetzung in nationales Recht geschaffen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie diese für die Erhaltung bzw. die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrien in vollem Umfang nutzt.

## Arbeitsschutzrecht

Nach einigen Jahren Erfahrung mit dem derzeitigen deutschen Verordnungswerk zum technischen Arbeitsschutz besteht dringender Novellierungsbedarf bei der Gefahrstoffverordnung und bei der Betriebssicherheitsverordnung.

Dabei geht es u. a. um die Anpassung des Gefahrstoffrechts an die neue EU-Stoffpolitik (REACH und GHS). Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat inzwischen diese Notwendigkeit ebenfalls erkannt und strebt zudem eine baldige Novellierung der Arbeitsstättenverordnung an. Der BDI begleitet diese Novellierungen in seinen Expertengremien mit hohem Einsatz. Die neue Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge war von BDI und BDA zwar abgelehnt worden, insbesondere erschien der geplante zusätzliche Beratungsausschuss überflüssig. Dennoch wurde die Verordnung am 27. August 2008 vom Bundeskabinett verabschiedet. Sie trat am 24. Dezember 2008 in Kraft. Damit ist wirtschaftsseitig nun bereits ab Anfang 2009 ein weiterer BMAS-Beratungsausschuss personell zu besetzen und inhaltlich zu koordinieren neben den bestehenden Ausschüssen für Gefahrstoffe, Betriebssicherheit, biologische Arbeitsstoffe, Arbeitsstätten und technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Industrie investiert immense Ressourcen in die Erstellung eines praxisnahen technischen Regelwerks unter den einschlägigen Verordnungen zum technischen Arbeitsschutz. Sie ist mit vielen Experten in einer Vielzahl von BMAS-Beratungsausschüssen und deren Untergremien tätig. Ohne den Beitrag der Industrie wäre dieses Regelwerk nicht realisierbar. Umso mehr bedarf es klarer Vorgaben der verantwortlichen politischen Institutionen für ein strafferes und praxisnäheres Regelwerk, wenn die übergeordneten Verordnungen novelliert werden. Ferner darf die demnächst in Umsetzung von EU-Vorgaben erforderliche Verordnung zur optischen Strahlung sich nur an der betreffenden EU-Richtlinie orientieren und keinesfalls umfassende Zusatzanforderungen hinsichtlich der natürlichen optischen Strahlung aufstellen.

### Positionen des BDI:

**Straffes und praxisnahes Regelwerk:** Die Novellierungen der einschlägigen Verordnungen, die demnächst anstehen, müssen einen wirksamen Arbeitsschutz bei vertretbarem Aufwand ermöglichen. Das Regelwerk muss dazu gestrafft und verschlankt werden. Zudem ist eine klare Abgrenzung der Regelungszuständigkeiten, insbesondere des bundesstaatlichen zum berufsgenossenschaftlichen Regelwerk zu schaffen.

**Beratungsausschüsse besser koordinieren:** Mit der neuen Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge wird ein weiterer BMAS-Beratungsausschuss etabliert. Die Koordination der bisher bestehenden Ausschüsse durch das BMAS reichte aber schon nicht aus, um ein konsistentes Regelwerk sicherzustellen.

**Unerfüllbare Anforderungen vermeiden:** Die neue Verordnung zur optischen Strahlung muss sich eng an den EU-Vorgaben orientieren und darf keine Vorgaben zur natürlichen optischen (Sonnen-)Strahlung hinzufügen, die über eine Beratung der Arbeitnehmer hinsichtlich der sie betreffenden Gefahren hinausgehen.

## Umweltgesetzbuch

Das in Planung befindliche Umweltgesetzbuch wird ein wesentlicher Teil des deutschen Umweltrechts sein. Rechtsverschärfungen sind der falsche Weg.

Das Umweltgesetzbuch (UGB) soll nach dem Koalitionsvertrag dazu dienen, »ein hohes Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt mit möglichst unbürokratischen und kostengünstigen Regelungen zu erreichen und so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken«. Der Referentenentwurf für das UGB umfasst das Genehmigungsrecht für Industrieanlagen, das Wasserrecht und das Naturschutzrecht sowie das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz und Vorschriften über nicht-ionisierende Strahlung. Im Anlagenzulassungsrecht sollen die bisher parallel laufenden Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und nach dem Wasserrecht in einer »integrierten Vorhabengenehmigung« zusammengefasst werden. Dies soll durch die materielle Verschmelzung der Zulassungstatbestände des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Wasserrechts verwirklicht werden.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Arbeit an einem UGB lohnt den Aufwand nur, wenn eine spürbare Erleichterung der Industrie vor allem bei den Verfahren erreicht wird. Das ist nach den Referentenentwürfen nicht zu erwarten. Vielmehr drohen teils erheb-

liche Rechtsverschärfungen und -unsicherheiten. Der BDI hält bei der integrierten Vorhabengenehmigung die materielle Verschmelzung der Zulassungstatbestände des BImSchG und des Wasserrechts wegen der Umsetzung der einschlägigen europäischen Vorgaben für unnötig. Die Integration ist auch überhaupt nur bei maximal 22 Prozent der genehmigungsbedürftigen Industrieanlagen relevant. Gleichzeitig werden grundlegende Rechtsbegriffe für alle Anlagen teils erheblich geändert. Das zwingt der Mehrheit der Betreiber ein System auf, das sie nicht brauchen. Die integrierte Vorhabengenehmigung erfüllt im Übrigen auch nicht die Erwartungen hinsichtlich des Bürokratiekostenabbaus. Gegenüber dem bisherigen Recht sind pro Fall lediglich Einsparungen in Höhe von bestenfalls 2 Prozent zu erwarten. Darüber hinaus wendet sich der BDI unter anderem gegen die Verringerung des Investitionsschutzes durch das Abschwächen der wasserrechtlichen Bewilligung, die Besserstellung öffentlicher gegenüber privater Unternehmen bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung und die Ausweitung des Artenschutzes über das europarechtlich vorgegebene Maß hinaus.

## Positionen des BDI:

**Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft steigern:** Das Umweltgesetzbuch muss diese Ziele der Bundesregierung für das Umweltrecht aus dem Koalitionsvertrag tatsächlich erreichen.

**Rechtsverschärfungen vermeiden:** Der Entwurf für das UGB führt zu Rechtsverschärfungen insbesondere bei der Zulassung von Industrieanlagen, im Wasserrecht und im Naturschutzrecht. Er wird den Zielen der Bundesregierung daher nicht gerecht und sollte überarbeitet werden.

**Konzept der integrierten Vorhabengenehmigung überprüfen:** Der neue Grundtatbestand für die Zulassung von Industrieanlagen passt strukturell für nur gut 20 Prozent der genehmigungsbedürftigen Industrieanlagen. Gleichzeitig wird das Grundgerüst der Rechtsbegriffe für alle Industrieanlagen tiefgreifend verändert. Auf der anderen Seite trägt die integrierte Vorhabengenehmigung nur marginal zum Abbau der Bürokratiekosten bei.

## Energiesicherheit

Energie ist der Lebenssaft einer modernen Industriegesellschaft. Weltweit steigt der Energiebedarf stark an; der Weltenergieerwartungsrat rechnet sogar mit einer Verdopplung des weltweiten Primärenergieverbrauchs bis 2050.

Gleichzeitig sind die klassischen Energieressourcen wie Erdöl und Erdgas, aber auch Kohle und Uran begrenzt. Für die Bedarfsdeckung werden alle Energieressourcen benötigt. Entscheidend für die Energieversorgungssicherheit ist ein breiter Energiemix, in dem die fossilen, regenerativen und nuklearen Energien ihren Platz haben. Dadurch werden das Versorgungsrisiko reduziert und zu große Abhängigkeiten von einem Energieträger vermieden. Zu der Herausforderung eines stark wachsenden Energiebedarfs kommt die große Aufgabe hinzu, den Energieeinsatz klimafreundlich zu gestalten und klimaschädliche Emissionen drastisch zu senken. Dieser Weg in eine CO<sub>2</sub>-ärmere Zukunft muss möglichst kosteneffizient ausgestaltet werden. Regenerative Energiequellen müssen künftig vermehrt zu einer sicheren Energieversorgung beitragen. Sie müssen dazu möglichst schnell wettbewerbsfähig werden. Denn Energie muss für die Menschen und

Unternehmen ein bezahlbares Gut bleiben. Die Energiepolitik steht insoweit vor der Schlüsselaufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung durch entsprechende staatliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die EU und Deutschland sind auf Energieeinfuhren angewiesen. Die Abhängigkeit von Energieimporten wird steigen. Deshalb ist es notwendig, Energie über alle Stufen von der Gewinnung bis zum Endverbrauch mit höchster Effizienz einzusetzen, die heimischen Energiequellen optimal zu nutzen und den verbleibenden Bedarf durch diversifizierte Bezüge aus sicheren und zuverlässigen Energieexportländern zu decken. Rationeller Energieeinsatz zahlt sich aus. Jede eingesparte Energieeinheit ist eingespartes Geld, das für andere Verwendungen zur Verfügung steht.

### Positionen des BDI:

**Deutschland braucht ein energiepolitisches Gesamtkonzept:** Der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien ist im Wettbewerb voranzubringen. Längere Laufzeiten für unsere Kernkraftwerke zur Grundlastversorgung sind aus Kosten- und Klimaschutzgründen zuzulassen. Für CO<sub>2</sub>-arme Kohlekraftwerke ist ein geeigneter Rechtsrahmen zu schaffen.

**Energieversorgung wettbewerbsfähig gestalten:** Damit energieintensive Industriebereiche Zukunft haben und Arbeitsplätze am Standort Deutschland gesichert werden, darf es keine neuen politisch verursachten Belastungen der Energiepreise geben, sondern eher Abbau und Begrenzung.

**Energieinfrastruktur modernisieren:** Eine verlässliche Energieversorgung hängt von modernen Erzeugungsanlagen und Netzen ab. Politik und Wirtschaft sollten die Akzeptanz für volkswirtschaftlich unverzichtbare Energieinvestitionen gemeinsam verbessern.

**Wettbewerb stärken und Energieforschung intensivieren:** Marktwirtschaft und Wettbewerb sind Motor für innovative Entwicklungen und bezahlbare Energie. Energieforschung liefert die Lösungen für die Zukunft und ist Schlüsselement für Energieeffizienz bei Gewinnung, Veredlung und Nutzung der Energieressourcen.

## Rohstoffsicherheit

Die sichere Versorgung mit Rohstoffen ist eine grundlegende Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum in Deutschland und Europa: Allein in Deutschland werden Jahr für Jahr rund 1.200.000 t Rohstoffe benötigt.

Die sichere Versorgung mit Rohstoffen aus dem Ausland ist für die Exportleistung der deutschen Industrie – traditionell eine bedeutende Stütze des Wirtschaftswachstums – von besonderer Bedeutung: Rund 80 Prozent der Rohstoffe, die Deutschland aus dem Ausland importiert, werden in veredelter Form wieder exportiert. Bei der Versorgung mit Rohstoffen über die internationalen Märkte sehen sich die Unternehmen gegenwärtig allerdings mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert: Eine Vielzahl von Ländern beschränkt die Ausfuhr von Rohstoffen oder subventioniert Rohstoffeinfuhren, um die eigene Rohstoffversorgung zu sichern. Zusätzliche Verteuerungen bis hin zu De-facto-Verknappungen von Rohstoffen mit erheblichen Belastungen für die deutsche Industrie sind die Folge. Beeinträchtigungen bestehen auch bei der Versorgung mit in Deutschland vorhandenen Rohstoffen: Der Zugang zu einem Großteil der Rohstofflagerstätten ist durch Schutzgebietsausweisungen versperrt. Anfallende Sekundärrohstoffe wie Abfälle, Schrotte und Reststoffe werden in beträchtlichem Umfang illegal exportiert.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen selbst. Wo der Zugang zu Rohstoffen durch gesetzliche Regelungen eingeschränkt ist oder die Versorgung mit Rohstoffen auf politischem Wege beeinträchtigt wird, ist allerdings die Politik gefordert. Den Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Rohstoffmärkten muss auf politischem Wege entgegengewirkt werden. Ebenso ist es Aufgabe der Politik, den Zugang zu heimischen Rohstofflagerstätten langfristig zu sichern und illegale Exporte von Sekundärrohstoffen zu unterbinden, um die Rohstoffsicherheit Deutschlands zu gewährleisten.

Rohstoffsicherheit ist kein Selbstzweck, Rohstoffsicherheit ist entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und damit für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa.

### Positionen des BDI:

**Handels- und Wettbewerbsverzerrungen konsequent entgegenwirken:** Der freie Handel mit Rohstoffen muss Bedingung für bilaterale Handelsvereinbarungen und fester Bestandteil bilateraler Gespräche sein. Eine Ergänzung und Verbesserung der WTO-Regeln muss das langfristige Ziel auf multilateraler Ebene bleiben.

**Zugang zu Rohstofflagerstätten gewährleisten:** Um die Versorgung mit in Deutschland vorhandenen Rohstoffen nicht zu gefährden, müssen eine gleichrangige Abwägung zwischen der Rohstoffsicherheit und anderen Belangen, insbesondere dem Naturschutz, sichergestellt und zeitlich gestaffelte Nutzungen, z. B. Forstwirtschaft, Rohstoffabbau, Naturschutzgebiet, ermöglicht werden.

**Illegalen Abfluss von Sekundärrohstoffen unterbinden:** Um Falschdeklarationen bei der Ausfuhr von Sekundärrohstoffen zu ahnden und illegale Exporte zu verhindern, müssen zusätzliche Leitlinien zur Abgrenzung zwischen Abfällen und gebrauchten Produkten erarbeitet und auf europäischer Ebene rechtlich verpflichtend eingeführt werden.

## Verkehrsinfrastruktur

Als Exportweltmeister in der Mitte Europas ist Deutschland wie kaum ein anderes Land auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft: unverzichtbar für den Wohlstand der Bürger und die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen.

Die Politik muss die über Jahrzehnte errichteten Infrastrukturen leistungsfähig erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Doch Deutschland lebt von der Substanz. Denn die Investitionen für Erhaltung und Ausbau der Bundesverkehrswege stagnieren seit mehreren Jahren unterhalb des erforderlichen Bedarfs. Schätzungen zufolge liegt der jährliche Investitionsbedarf bei mindestens 12 Mrd. Euro. Trotz der moderaten Verstärkung der Verkehrsinvestitionen in den vergangenen Jahren (2009: 11,2 Mrd. Euro) sind die Verkehrswege nach wie vor drastisch unterfinanziert. Damit ist ein kontinuierlicher Substanzverlust verbunden und wertvolle Wachstumsimpulse gehen verloren. Auch die Einführung der Lkw-Maut (2005) und jährliche Netto-Einnahmen von über 2,7 Mrd. Euro aus der Maut (2007) haben bislang nicht zu einer wirksamen Stärkung der Verkehrsinvestitionen geführt. Der Gesetzgeber hat stattdessen die haushaltsfinanzierten Investitionen in glei-

cher Höhe zurückgefahren. Viele Möglichkeiten für private Infrastrukturinvestitionen und Public Private Partnership sind noch immer ungenutzt.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Investitionen in die Verkehrswege müssen deutlich verstärkt und in nachhaltigen Finanzierungskreisläufen dauerhaft gesichert werden. Wachstumschancen dürfen nicht in Staus und Warteschleifen steckenbleiben. Eine Steigerung der Verkehrsinvestitionen um 10 Prozent wird eine langfristige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um mindestens 1 Prozent bewirken. Eine Kreditemächtigung für die VIFG würde helfen, zusätzliche private Investitionen (PPP) zu mobilisieren, die Investitionen von den jährlichen Haushaltszuweisungen abzukoppeln und die wirtschaftlichen Vorteile einer bedarfsgerechten Realisierung von Verkehrsprojekten zu erschließen.

### Positionen des BDI:

**Verkehrsinvestitionen deutlich erhöhen:** Für einen bedarfsgerechten Erhalt und Ausbau der Straßen, Schienen und Wasserwege müssen die Investitionen auf mindestens 12 Mrd. Euro pro Jahr erhöht werden.

**Infrastrukturfinanzierung dauerhaft sichern, PPP fördern:** Für eine dauerhaft stabile Finanzierung der Verkehrswege muss die Aufgabenstellung der VIFG erweitert werden. Mit einer Maastricht-neutralen Kreditemächtigung für die VIFG, z. B. begrenzt in Höhe einer Jahreseinnahme der Lkw-Maut, können private Investitionen verstärkt und nachhaltige Finanzierungskreisläufe geschaffen werden.

**Nutzerentgelte für Investitionen zweckbinden:** Die Einnahmen aus Nutzerentgelten (Lkw-Maut) müssen in voller Höhe und zusätzlich zur Haushaltsfinanzierung für Verkehrsinvestitionen eingesetzt werden.

**Engpässe im Luftverkehr zügig beseitigen:** Entscheidend ist ein nachfragegerechter und rascher Flughafenausbau, die Reform des Luftraummanagements (Single European Sky) zügig zu verwirklichen und die Neuregelung der Deutschen Flugsicherung.

**Hinterlandanbindungen der Seehäfen rasch ausbauen:** Ein zeitnaher und bedarfsgerechter Verkehrsinfrastrukturausbau muss den besonderen Fokus auf die Hafenhinterlandanbindungen, Magistralen und Hauptverkehrsknoten für Schiene und Straße legen.

## Mobilität und Logistik

Verantwortungsvolle Mobilität, reibungsloser Güterverkehr und leistungsfähige Logistik sind Voraussetzung für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Für den Güterverkehr sagen aktuelle Prognosen einen Anstieg um über 70 Prozent bis zum Jahr 2025 voraus.

Die Nachfrage im Straßengüterverkehr übertrifft bereits heute das Niveau, das in der Prognose des aktuellen Bundesverkehrswegeplans erst für 2015 erwartet wurde. Die Logistikbranche ist in den vergangenen Jahren dynamisch gewachsen und mit heute über 200 Mrd. Euro Umsatz pro Jahr zur drittgrößten Branche in Deutschland avanciert. Mit einer hochmodernen Industrie, wirtschaftlicher Offenheit, einer polyzentrischen Wirtschaftsstruktur und einer insgesamt noch guten Verkehrsinfrastruktur verfügt Deutschland über wichtige Standortvorteile für die Logistik, die gestärkt werden müssen. Die negativen Auswirkungen unserer modernen Mobilität wie Emissionen, Lärm, Staus und Unfälle müssen weiter minimiert werden. Die Wirtschaft bekennt sich zu diesem Ziel und ihrer Verantwortung. Deutsche Unternehmen bieten dafür viele

innovative Lösungen an, deren Entwicklung und Anwendung gezielt gefördert werden sollte.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Rahmenbedingungen für Güterverkehr und Logistik müssen verbessert werden. Dazu brauchen wir bedarfsgerechte Verkehrsinvestitionen und eine klare Priorisierung der Projekte nach Nutzen-Kosten-Kriterien. Mit einer besseren Vernetzung der Verkehrsträger und modernen Telematik- und Verkehrsmanagementsystemen können die knappen Infrastrukturkapazitäten effizienter genutzt werden. Innovative Lösungen und moderne Technologien müssen für alle Verkehrsträger eingesetzt werden, um ihre Leistungsfähigkeit und Effizienz zu steigern. Für eine umweltfreundliche, emissions- und lärmarme sowie sichere Mobilität müssen wirksame, effiziente Instrumente Anwendung finden.

## Positionen des BDI:

**Verkehrsinvestitionen verstärken und priorisieren:** Verkehrsprojekte müssen nach Nutzen-Kosten-Kriterien priorisiert und umgesetzt werden. Öffentliche Investitionen müssen erhöht werden. Mit einer begrenzten Kreditermächtigung für die VIFG können wichtige Impulse für zusätzliche private Investitionen gesetzt werden.

**Telematik- und Verkehrsmanagementsysteme ausbauen:** Mit modernen Telematik- und Verkehrsmanagementsystemen können die Leistungsfähigkeit der Logistiksysteme gesteigert und knappe Infrastrukturkapazitäten effizienter genutzt werden. Die rechtlichen Voraussetzungen müssen rasch geschaffen werden.

**Nachhaltige Mobilität und Wettbewerbsfähigkeit zugleich stärken:** Es kommt darauf an, erfolgreiche Instrumente zu nutzen und weiterzuentwickeln (z. B. Spreizung der Lkw-Maut, lärm- und emissionsabhängige Gebühren im Luftverkehr) statt Verkehr zu verteuern ohne erkennbaren Mehrwert für den Umweltschutz (z. B. Internalisierung externer Kosten).

**Vernetzung der Verkehrsträger verbessern:** Für ein effizientes Logistiksystem müssen die Verkehrsträger besser als bislang miteinander vernetzt werden. Die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern müssen optimal gestaltet, die Stärken aller Verkehrsträger genutzt werden.

**Effizienz bei allen Verkehrsträgern steigern:** Innovative Lösungen und neue Technologien müssen für alle Verkehrsträger eingesetzt werden.

**Wettbewerb für Verkehrs- und Logistikangebote fördern:** Die Politik ist gefordert, den inter- und intramodalen Wettbewerb konsequent zu stärken.

## Kollektiv- und Sammelklagen

Obwohl wir ein gut funktionierendes und umfassendes System der Rechtsdurchsetzung individueller Ansprüche haben, verlangen Verbraucherverbände neue kollektive Klagemöglichkeiten.

Besonders kollektive Unterlassungsklagen im Bereich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen hat es in der Vergangenheit tausendfach gegeben. Jetzt soll über die Europäische Union in Verbraucher- und Wettbewerbssachen eine europaweit wirkende kollektive Sammelklage für Schadenersatzansprüche eingeführt werden, damit Verbraucherverbände für eine Vielzahl von Verbrauchern teils fiktive Schadenersatzansprüche in einer Klage gegen Unternehmen erheben können.

Hierzu hat die EU-Kommission Ende November 2008 ein Grünbuch vorgelegt. Kritiker weisen auf eine drohende Amerikanisierung des europäischen Rechts hin.

Das US-amerikanische Sammelklagensystem ermöglicht sehr hohe Schadenersatzansprüche. US-amerikanische Verfahren sollen rund 260 Mrd. US-Dollar allein im Jahr 2004 gekostet haben. Sie können Unternehmen in die Insolvenz zwingen. Haftpflichtversicherungsprämien für Versicherungen steigen erheblich, Rechtsschutzversicherungen bei klageanfälligen Produkten teilweise bis zu 20

Prozent. Fiktive Ansprüche, Ausforschungen der Gegenpartei (pre-trial discovery) und Erfolgshonorare sind unserem Recht fremd.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Sammelklagen passen nicht in unser Rechtssystem. In der von der EU geplanten Form bestehen sie auch nicht in den 12 der 27 Mitgliedstaaten, in denen es in eng begrenzten Bereichen Ansätze kollektiven Rechtsschutzes gibt. Eine Gewinnabschöpfung für Verbraucherverbände existiert in der EU ebenfalls nicht in demselben Ausmaß wie in den USA. Es besteht kein Anlass, einzelne Kollektivklagen aus den Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Modell zu verbinden und eine neue kostenintensive Klageart zum Nachteil der Unternehmen in Europa einzuführen. Hiergegen spricht auch, dass eine entsprechende Gesetzgebungskompetenz der EU fehlt und der individuelle Rechtsschutz bereits jetzt grenzüberschreitend koordiniert wird. Damit ist die Rechtsdurchsetzung EU-weit gesichert.

### Positionen des BDI:

**Keine EU-weite Sammelklage einführen:** Es besteht hierfür weder Bedarf noch eine Gesetzgebungsbefugnis der EU.

**Individueller Rechtsschutz ist in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten gut ausgebaut:** Ergänzungen durch Kollektivklagen sind daher entbehrlich. Die drohenden hohen Kosten sind nicht gerechtfertigt.

**Kollektivklagen nicht nach US-Modell für Europa ausweiten:** Unterlassungsklagen, Kapitalanlegeransprüche, Lauterkeitsansprüche in Deutschland betreffen Sondergebiete; sie beziehen sich nur auf einen geringen Bruchteil von Klagen und können daher nicht Vorbild für eine EU-weite Klage nach amerikanischem Muster sein.

## Geistiges Eigentum

Deutschland bleibt das Land der Erfinder und Entdecker. Allein im Jahr 2007 konnten vom Deutschen Patent- und Markenamt 60.992 Patentanmeldungen verzeichnet werden.

Damit konnte das Niveau im Vergleich zu 2006 sogar um 0,7 Prozent gesteigert werden. Und der Trend ist weiterhin positiv. Der Patentschutz stärkt Unternehmen im globalen Wettbewerb und ist ein wichtiger Standortfaktor. Das Patentportfolio einer Firma stellt einen bedeutenden Eigentumswert dar und gibt Aufschluss über die innovative Kraft eines Unternehmens. Patente helfen zudem, hohe Entwicklungskosten abzusichern und ermöglichen durch erfolgreiche Vermarktungsstrategien Reinvestitionen, die wiederum Motor für Forschung und Entwicklung sind. Ein wirkungsvoller Patentschutz kann jedoch nur erreicht werden, wenn er über die nationalen Grenzen hinausgeht. Insbesondere innerhalb der Europäischen Union ist die Geltung eines Patents auch in den Mitgliedstaaten unverzichtbar. Bisher ist eine Anmeldung für ein europaweites Patent für die Unternehmen mit erheblichem Aufwand und hohen Kosten verbunden. Denn der Patentanmelder muss bisher für jeden Mitgliedstaat, in dem sein Patent gelten soll, gesonderte Gebühren bezahlen. Hinzu kommen teilweise aufwendige Übersetzungspflichten. Ein weiteres Problem ist der Umstand, dass die wachsende Anzahl paralleler und grenzüberschreitender Patentstreitigkeiten in Europa geprägt ist von Auslegungsunterschieden und -widersprüchen zwischen den einzelnen nationalen Gerichten. Rechtsunsicherheit ist die Folge. Insbeson-

dere kleine und mittlere Unternehmen haben unter der beschriebenen Situation zu leiden und werden in ihren Wachstumsbestrebungen gebremst.

Der Schutz geistigen Eigentums muss auch an anderen Stellen gestärkt werden: Eine Aufweichung des Designschutzes durch eine Verkürzung der Schutzdauer wird auf EU-Ebene kontrovers diskutiert. Ein verminderter Designschutz würde insbesondere die Automobilindustrie treffen, die ihre Ressourcen gleichermaßen in die Entwicklung neuer Designs sowie technischer Neuerungen investiert.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Auf europäischer Ebene wird seit Jahren an einer Lösung der beschriebenen Probleme gearbeitet. Angestrebt wird ein Gemeinschaftspatent, welches nach seiner Anmeldung automatisch in allen EU-Mitgliedstaaten gültig ist. Gleichzeitig soll ein einheitliches europäisches Gerichtssystem für Patentsachen geschaffen werden. Ein schlankes und insbesondere kostengünstiges Patentsystem würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen, aber vor allem auch der patentstarken deutschen Wirtschaft erheblich steigern. Hier gilt es daher, die bisherigen Verhandlungen zum Gemeinschaftspatent und zur gemeinsamen Gerichtsbarkeit weiter aktiv voranzutreiben.

### Positionen des BDI:

**Verbesserung des Patentsystems in Europa schnell vorantreiben:** Ein einheitliches, kostengünstiges und rechtssicheres europäisches Patentsystem ist unverzichtbar für die Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

**Wichtige Schutzrechte in ihrem Bestand stärken:** Aufweichungsbestrebungen auf EU-Ebene, etwa im Designschutz, muss entgegengewirkt werden.

## Bürokratieabbau

Die deutsche Wirtschaft trägt eine große Bürokratielast. Allein die von der Bundesregierung gemessenen Kosten durch Informationspflichten aus dem Bundesrecht belaufen sich auf knapp 47,6 Mrd. Euro.

Das Ziel der großen Koalition, bis 2011 ein Viertel dieser Bürokratielast abzubauen, gewinnt in Zeiten der Konjunktur- und Finanzmarktkrise an Bedeutung.

Diese Informationspflichten machen allerdings nur einen kleinen Teil der gesamten Bürokratielast der Wirtschaft aus. Hinzu kommen Belastungen etwa aus Buchführungspflichten, Hand- und Spanndiensten, Informationspflichten an den Betriebsrat oder durch Haftungsrisiken. Zudem resultieren knapp 50 Prozent der Bürokratielasten der Wirtschaft aus EU-Recht.

Insbesondere mittelständische Unternehmen leiden unter der großen Bürokratielast. Ein Beispiel: Während große Betriebe für die Abführung der Lohnsteuer und der Sozialabgaben etwa 42 Euro je Mitarbeiter aufwenden müssen, kosten diese Dienste ein Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten jährlich rund 370 Euro je Mitarbeiter.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die Bilanz der Bundesregierung bei der Messung und dem Abbau von Bürokratiekosten gehen in die richtige Richtung. Bislang können allerdings noch zu wenige spürbare Erfolge vorgewiesen werden.

Die Größe der Bürokratielast unterstreicht die Bedeutung des Bürokratieabbaus. Mit dem Abbau von Bürokratie können Ressourcen nutzbar gemacht werden, die für mehr Innovation, Wachstum und Beschäftigung genutzt werden könnten. Dazu müssen im Dialog mit der Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene spürbare Abbaumaßnahmen jetzt umgesetzt werden.

Die Wirtschaft ist bereit, sich in den Abbauprozess einzubringen. Die Bereitschaft der einzelnen Bundesministerien zu einem durchgreifenden Bürokratieabbau sollte durch so genannte »mixed committees« gestärkt werden, die auch in anderen EU-Ländern eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Ressorts und Wirtschaft ermöglicht haben.

### Positionen des BDI:

**Zeitplan mit konkreten Einzelmaßnahmen aufstellen:** Um tatsächlich 25 Prozent der Bürokratielasten aus Informationspflichten bis 2011 »netto« abzubauen, muss ein konkreter Zeitplan erarbeitet werden.

**»mixed committees« einrichten:** Um das Fachwissen der Betroffenen aus den Unternehmen für den Bürokratieabbauprozess zu nutzen, sollten gemischte Kommissionen aus Mitgliedern der Ressorts und der Wirtschaft gebildet werden.

**Abbau der Informationspflichten ist nur ein erster Schritt:** Es sollten auch die Bürokratiekosten abgebaut werden, die in jetzigen Abbauprogrammen von Bund und EU nicht berücksichtigt wurden.

## Vergaberecht

Vergaberecht ist kein Selbstzweck, sondern ein notwendiger rechtlicher Rahmen zur Gewährleistung der Beschaffung bestgeeigneter Güter und Dienstleistungen für die Bedürfnisse der öffentlichen Hand.

Beschaffung muss unter sorgfältiger Nutzung der Gelder des Steuerzahlers (»best value for tax payer's money«) erfolgen. Diese Zielsetzung kann nur durch rechtliche Rahmenbedingungen verwirklicht werden, die konsequent auf eine transparente und diskriminierungsfreie Ausschreibungspraxis sowie einen möglichst breiten fairen Bieterwettbewerb abzielen, damit der Staat zwischen möglichst vielen hochwertigen Angeboten auswählen kann. Eine Überfrachtung des Vergabewesens mit gemeinpolitischen Vorgaben, wie den sog. vergabefremden Aspekten aus der Sozial- und Umweltpolitik, die nicht unmittelbar mit dem benötigten Auftragsgegenstand zu tun haben, schadet den vorgenannten Zielen – gleichermaßen zum Nachteil der öffentlichen Beschaffer, der anbietenden Wirtschaft und der Steuerzahler. Dazu gehört auch die Abkehr von der in der Vergaberechtsnovelle geplanten zwingend vorgeschriebenen »Mittelstandsklausel«, die letztlich mittelständischen Unternehmen mehr schadet als nützt und Public Private Partnerships (PPP) erschwert. Unumgänglich ist ferner, einen effektiven, zügigen Rechtsschutz vorzuhalten, der die Einhaltung der genannten Prinzipien in der Praxis gewährleistet. Bei jeglicher Ausgestaltung und Reform des Vergaberechts darf dies nicht aus dem Auge gelassen werden.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die von ihrer ursprünglichen Zielsetzung her begrüßenswerte aktuelle Vergaberechtsreform wird inzwischen durch so viele negative Faktoren belastet, dass sie in essenziellen Punkten nicht die richtige Antwort auf die vorgenannten Herausforderungen darstellt. Darüber hinaus wirkt sie in vielen Punkten definitiv schädlich für die anbietende Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Dies gilt insbesondere für die geplante Beseitigung der Mitwirkungsrechte der gewerblichen Wirtschaft in den Verdingungsausschüssen, die die praktische Ausgestaltung des Vergabevorgangs erarbeiten.

Public Private Partnerships erweisen sich mehr denn je als Chance, Projekte unter schonendem Einsatz von Steuermitteln zu realisieren. Bis November 2008 wurden in Deutschland mehr als 100 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 3 Mrd. Euro und einem rechnerischen Effizienzvorteil von 480 Mio. Euro gegenüber der herkömmlichen Realisierung bezuschlagt. Um einheitliche Grundlagen zu erarbeiten und PPP-Projekte zu begleiten, wird derzeit unter Beteiligung der Privatwirtschaft das Projekt Partnerschaft Deutschland gegründet, das Anfang 2009 seine Arbeit aufnehmen soll.

### Positionen des BDI:

**Vergaberechtsreform muss europarechts- und mittelstandskonform gestaltet werden.** Ziel der Vereinfachung des Vergaberechts darf nicht mit Beseitigung der Mitwirkung der beteiligten Kreise verwechselt werden.

**Reform zur Umsetzung des EU-Vergaberechtsschutzes** darf nicht durch Abbau nötiger Rechtsschutzgarantien im nationalen Recht konterkariert werden.

**Quantität von PPPs steigern:** Ausdehnung der Pilotprojekte auf weitere Bereiche, Standards setzen, Informationsaustausch zu best practice-Beispielen bei PPP intensivieren.

## Haushaltskonsolidierung

### Jede überzeugende Politik muss langfristig den Willen und Konzepte zur Haushaltskonsolidierung einschließen.

Der deutsche Staatshaushalt schloss im Jahr 2007 erstmalig seit der deutschen Vereinigung mit einem leichten Überschuss ab. Die Nettokreditaufnahme des Bundes wurde von 31,2 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2005 schrittweise auf 14,3 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2007 zurückgeführt.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo, der im Jahr 2006 noch ein Defizit von 1,5 Prozent aufwies, verbesserte sich in einen leichten Überschuss von 0,1 Prozent in Relation zum BIP. Auch der Bundeshaushalt 2008 sieht einen weiteren Abbau der Nettoneuverschuldung auf 11,9 Mrd. Euro vor. Bisher angestrebtes haushaltspolitisches Ziel war, im Jahr 2011 einen Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme zu erreichen. Angesichts der aktuellen Finanzkrise hat die Bundesregierung dieses Ziel nunmehr relativiert und aufgeschoben. Steigende Staatsausgaben und hohe finanzpolitische Risiken führen zu einer höheren Nettoneuverschuldung des Bundeshaushalts im Jahr 2009 (geplante Neuverschuldung in Höhe von 10,5 Mrd. Euro wurde korrigiert auf 18,5 Mrd. Euro).

#### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Der bisherige Konsolidierungserfolg ist vornehmlich der bisher guten konjunkturellen Lage zuzuschreiben. Seit

dem Jahr 2006 befindet sich Deutschland in einem Konjunkturoberhoch. Doch bereits im laufenden Jahr macht sich die konjunkturelle Abkühlung bemerkbar, so dass nur noch mit einer BIP-Wachstumsrate von max. 1,7 Prozent gerechnet werden kann. Dieser Wachstumspfad droht jedoch in Kürze zu versiegen: Für das Jahr 2009 wird mit einer signifikanten Abschwächung des Wachstums gerechnet.

Das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Staatshaushalts darf nicht aus den Augen verloren und auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden. Trotz der notwendigen Spielräume für kurzfristige konjunkturelle Maßnahmen muss Ausgabendisziplin gewahrt und der Konsolidierungskurs fortgesetzt werden. In der mittel- und langfristigen Perspektive muss die Haushaltskonsolidierung jedoch Priorität einnehmen.

Zentrale, wachstumsfördernde Zukunftsfelder müssen auf hohem Niveau gefördert werden. Notwendig sind Investitionen, die das Entwicklungspotential in Deutschland nachhaltig begünstigen. Zudem müssen strukturelle Reformen für eine langfristige Stabilisierung der Wirtschaft angegangen werden.

### Positionen des BDI:

**Balance zwischen konjunkturellen Maßnahmen und Haushaltskonsolidierung wahren:** Der Politik muss Spielraum für kurzfristige Reaktionsmöglichkeiten verbleiben, langfristig muss die Haushaltskonsolidierung jedoch weiterhin Priorität einnehmen.

**Ausgaben strukturell anpassen** und auf wachstumsfördernde Maßnahmen konzentrieren.

## Unternehmensbesteuerung

Durch die Unternehmensteuerreform 2008 haben sich die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland erheblich verändert, insbesondere durch die Körperschaftsteuersatzsenkung auf 15 Prozent.

Trotz guter Startrichtung hinterlässt die Reform jedoch auch zahlreiche Baustellen. Bei Zinsschranke, Funktionsverlagerung und gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen sind Nachbesserungen dringend erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu sichern.

Eine weitere wesentliche steuerpolitische Herausforderung der nächsten Legislaturperiode ist die Neujustierung der Besteuerung der Personengesellschaften. Dabei geht es nicht nur darum, den Erfolg der durch die Unternehmensteuerreform eingeführten Thesaurierungsbegünstigung für den industriellen Mittelstand zu sichern. Insbesondere bedarf es Anpassungen des nationalen Steuerrechts an die stetig zunehmende Internationalisierung deutscher Personengesellschaften. Diese sind notwendig, um Fehlwirkungen zu korrigieren, die sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch der Finanzverwaltung Unzufriedenheit schüren.

Zudem besteht dringender Bedarf nach einer kompakten und wettbewerbsfähigen Lösung im Bereich der handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierung. Bislang müssen parallel die verschiedenen Vorschriften des HGB, der IFRS und des EStG berücksichtigt werden. Der damit verbundene Bürokratieaufwand behindert die Wettbewerbsfähigkeit.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Deutschland benötigt auch nach der Unternehmensteuerreform 2008 bessere steuerliche Rahmenbedingungen, um als Investitions- und Innovationsstandort attraktiv zu bleiben, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Modernisierung des Unternehmensteuerrechts ist weiter dringend angezeigt. Es muss ordnungspolitisch sauberer werden, zur betrieblichen Realität passen und im Interesse aller Beteiligten anwendbar sein. Es darf keine Fehlanreize setzen. Nachbesserungen zur Unternehmensteuerreform 2008 bleiben daher dringend notwendig.

## Positionen des BDI:

**Unternehmensteuerreform nachbessern:** Die Regelungen zu Zinsschranke, Funktionsverlagerung und gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen müssen an die betriebliche Realität angepasst werden.

**Rahmenbedingungen für Personengesellschaften modernisieren:** Die nationalen Steuervorschriften sind so zu gestalten, dass sie der zunehmenden Internationalisierung deutscher Personengesellschaften Rechnung tragen und diese nicht behindern.

**Bilanz(steuere)recht wettbewerbsfähig gestalten:** Das »Bilanzenchaos« ist durch ein kompaktes, aber adressatengerechtes Rechnungslegungssystem zu lösen.

## »Mehr Netto«

Trotz des Wachstums der letzten Jahre empfinden viele Bürgerinnen und Bürger anders: Vom Brutto bleibt häufig immer weniger Netto übrig.

Es ist der Fiskus, der mit Steuern und Abgaben einen immer größeren Keil zwischen Bruttolohn und Nettolohn treibt – er ist der große Gewinner der jüngeren Entwicklung. Die Zahlen sprechen für sich: Im Jahr 2007 lagen die Steuereinnahmen um mehr als 20 Prozent über dem Niveau von 2004. Alleine die Lohnsteuereinnahmen stiegen in diesem Zeitraum um 6 Prozent. Dagegen haben die Arbeitnehmerentgelte 2007, verglichen mit 2004, um lediglich 4 Prozent zugelegt. Durch die »kalte Progression« werden Lohnzuwächse, selbst wenn sie nur die Kaufkraft erhalten, von höheren Steuersätzen aufgezehrt. Am Ende hat der Arbeitnehmer weniger im Portemonnaie als vor der inflationsbedingten Lohnerhöhung. Hinzu kommt der steile Tarifverlauf, der insbesondere die breite Mittelschicht belastet. Der derzeitige linear-progressive Einkommensteuertarif zwischen 15 Prozent und 42 Prozent steigt nicht gleichmäßig an, sondern geht zu Beginn steil in die Höhe. Hierdurch werden mittlere Einkommen überproportional belastet.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Das Erfolgskonzept Soziale Marktwirtschaft, das Fundament für Wachstum und Wohlstand von Unternehmen und Beschäftigten, steht und fällt mit der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Notwendig sind deshalb deutliche Nachbesserungen im bestehenden Einkommensteuerrecht. Das heißt auf der einen Seite, dass Tarifstufen regelmäßig überprüft und angepasst werden müssen. Auf der anderen Seite muss die arbeitende Mittelschicht entlastet werden, indem die steile Progression abgeflacht wird. Darüber hinaus muss eine Einkommensteuer-Tarifreform mit notwendigen Sozialreformen verzahnt werden: »Entlastung für Alle« bedarf ergänzend einer wirksamen Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und notwendiger Strukturreformen der Sozialversicherungssysteme.

### Positionen des BDI:

**Kalte Progression entschärfen:** Die Tarifstufen müssen angepasst und in Relation zur Verbraucherpreisentwicklung gebracht werden.

**Steile Progression abflachen:** Überproportional belastete mittlere Einkommen müssen entlastet werden. Der linear-progressive Einkommensteuertarif muss abgesenkt und abgeflacht werden.

**Einkommensteuer-Tarifreform mit Sozialpolitik verzahnen:** »Entlastung für Alle« bedarf ergänzend einer wirksamen Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und notwendiger Strukturreformen der Sozialversicherungssysteme.

## Verteidigungswirtschaft

Die deutsche wehrtechnische Industrie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Deutschland.

Die Verteidigungswirtschaft muss als strategische Ressource und Instrument einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik verstanden und industriepolitisch unterstützt werden. Deutsches Know-how, Wertschöpfung und Arbeitsplätze sind zu sichern und auszubauen. Vor dem Hintergrund des hohen Exportanteils und knapper nationaler Beschaffungsmittel ist es zum langfristigen Erhalt und Ausbau der nationalen wehrtechnischen Kernfähigkeiten entscheidend, die Marktposition deutscher Produkte auf Exportmärkten zu sichern und auszubauen. Hier steht die deutsche Industrie im weltweiten Wettbewerb mit vielen Unternehmen, die massive politische und wirtschaftliche Unterstützung erhalten. Zum Erhalt wehrtechnischer Kernfähigkeiten und hochqualifizierter Arbeitsplätze in Deutschland müssen vor allem die wettbewerblichen Rahmenbedingungen harmonisiert werden.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die strategische Positionierung der deutschen wehrtechnischen Industrie in Europa ist dringend erforderlich, da trotz zunehmender europäischer Rüstungskoooperation und Industriekonsolidierung kein EU-Staat einseitig auf Fähigkeiten verzichten wird. Deshalb müssen die gemein-

sam definierten Kernfähigkeiten weiter gestärkt und zu europäischen »Centres of Excellence« ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Koordinators für die wehrtechnische Industrie und die Bildung eines ressortübergreifenden Arbeitskreises Wehrtechnik. Ferner sind einheitliche europäische Wettbewerbsbedingungen überfällig. Maßgebliche Wettbewerbsverzerrungen entstehen durch die Praxis zahlreicher Staaten, im Rahmen von Beschaffungen Kompensationsgeschäfte (Offset) zu fordern. Dies verstößt gegen EU-Recht. Weitere Ungleichgewichte entstehen durch Subventionen sowie durch das Auftreten ganz oder teilweise in Staatsbesitz befindlicher Rüstungsunternehmen am Markt. Deutschland muss auf europäischer Ebene offensiv auf den Abbau solcher Wettbewerbsverzerrungen hinwirken. Dazu gehören auch die Exportunterstützung und die politische Unterstützung bei Handelsdisput. Die enge Zusammenarbeit zwischen Industrie und Bundesregierung zur Vermarktung deutscher Produkte muss fortgesetzt und ausgebaut werden. Dabei ist es wichtig, Wehrtechnik nicht als rein verteidigungspolitisches Thema zu definieren, sondern sie in alle politischen Kontakte strategisch mit einzubeziehen.

### Positionen des BDI:

**Erhöhung des investiven Anteils und der F&E-Mittel im Verteidigungshaushalt:** Die Investitionen im Verteidigungshaushalt müssen dem realen Investitionsbedarf angepasst werden – außerdem müssen die Mittel für Forschung und Entwicklung signifikant erhöht werden, um bei Zukunftstechnologien konkurrenzfähig zu bleiben.

**Erhalt und Ausbau wehrtechnischer Kernfähigkeiten:** Wehrtechnische Kernfähigkeiten sind von herausragendem industrie- und sicherheitspolitischem Interesse für Deutschland. Sie sichern die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und Arbeitsplätze am Standort Deutschland.

**Schaffung gleicher Rahmenbedingungen für den Wettbewerb in Europa:** Dazu gehören vor allem die Harmonisierung der Rüstungsexportbestimmungen, die Abschaffung von Kompensationsgeschäften/Offset und Beihilfen.

## Informations- und Kommunikationstechnologie

Das Potential der Informations- und Kommunikationstechnologie als einer der wichtigsten Treiber von Wachstum, Innovation und Beschäftigung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Industrie wird davon abhängig sein, dass die Produkte durch IT-gestützte Prozesse effizienter und hochwertiger hergestellt werden als in anderen Teilen der Welt. Zugleich lassen sich globale Herausforderungen wie zum Beispiel die demographische Entwicklung und ein effizienter Energieverbrauch durch den konsequenten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als »Enabler« wirksam begegnen. IKT wird sich in Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheit und Bildung zum entscheidenden Erfolgsfaktor entwickeln. Schon heute tragen IKT und deren Anwendungen ein Drittel zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

IKT trägt als Sektor und überdies als Querschnittstechnologie entscheidend zur Wertschöpfung bei. Derzeit können etwa 40 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auf den Einsatz von IKT zurückgeführt werden. Die IKT-Branche weist einen Umsatz von rund 135 Mrd. Euro bei etwa 1,5 Mio. Beschäftigten aus und zählt damit zu den größten Branchen in Deutschland. Die IKT-Branche wächst deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft und ist damit Motor für die Konjunktur. Der Wachstumspfad unter Einsatz von IKT kann in Deutschland fortgeführt werden, wenn die Weichen dafür richtig gestellt werden.

### Positionen des BDI:

**Investitionen und Wettbewerb durch intelligente Regulierung fördern:** Für eine flächendeckende Versorgung mit hochmodernem Breitband ist eine Regulierungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich, die private Investitionen fördert. Davon profitieren Wettbewerb und Verbraucher gleichermaßen.

**Breitbandausbau forcieren:** Entscheidend sind die Widmung frei werdender Funkfrequenzen für Breitband und die Nutzbarmachung (städtischer) Leerrohre für Glasfaserleitungen. Staatliche Förderprogramme für schnelle Datenleitungen, wenn und soweit eine wirtschaftliche Versorgung ausgeschlossen ist.

**In Anwendungen der Informationsgesellschaft investieren:** Der Staat muss verstärkt in den Ausbau interaktiver Inhalte und Angebote (Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Vergabe) investieren. Insbesondere müssen staatliche Investitionen in das Bildungswesen die Ausstattung mit zeitgemäßer IT umfassen. Prozesse müssen stärker digitalisiert, automatisiert und vernetzt werden. Das ermöglicht Zeit- und Kostengewinne und mehr Wertschöpfung.

**Soziale Integration (E-Inclusion):** Gründung oder Förderung von zielgruppengerechten Bildungsangeboten, die eine Teilhabe der gesamten Bevölkerung an den Vorteilen der Informationsgesellschaft gewährleisten.

**Urheber- und Datenschutz für neue Technologien:** Die Entwicklung von IKT erfordert ein gesundes Augenmaß, in dem Wachstum und Innovation mit den (berechtigten) Interessen des Daten- und Urheberschutzes in Einklang gebracht werden.

**IT-Sicherheit/PPP:** Staatliche Investitionen (Förderungen, Informationen etc.) in IT-Sicherheit sind erforderlich. Für die Verteidigung gegen »Cyber-Angriffe« ist eine gemeinsame Konzeptionierung und Umsetzung von Sicherheitsprojekten durch Staat und Wirtschaft im Sinne einer Public Private Partnership erforderlich.

## Lissabon-Strategie

Um den Herausforderungen für Wachstum und Beschäftigung gerecht werden zu können, ist auch künftig eine zwischen nationaler und europäischer Ebene koordinierte Strategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit erforderlich.

Mindestens vier Megatrends werden den wirtschaftlichen Strukturwandel in Deutschland und Europa prägen: zunehmende Globalisierung, ein wachsender Dienstleistungsanteil, rasanter technologischer Fortschritt und eine dramatische demographische Entwicklung. Weitere Herausforderungen sind kosteneffizienter Klimaschutz, nachhaltige und sichere Energieversorgung sowie überfällige Reformen der Sozial- und Bildungssysteme. Erforderliche Anpassungen müssen ohne Strukturbrüche und mit nachhaltig positiven Effekten auf Wachstum, Investitionen und Beschäftigung aktiv und gezielt gestaltet werden.

Impulse für die Reformagenda liefert seit dem Jahr 2000 (und seit 2005 reformiert) die »Lissabon-Strategie«. Offizielles Ziel ist es, die EU bis zum Jahr 2010 zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen. Ende 2008 sind 80 Prozent der Zeit vergangen. Europa und Deutschland sind vorangekommen, aber vom Ziel noch weit entfernt. Die aktuelle Umsetzung ist nüchtern und umfassend zu analysieren und beste Ergebnisse und Praktiken in eine »Post-Lissabon-Strategie« zu integrieren, die klare Prioritäten

benennt, ehrgeizige Ziele setzt und effiziente Umsetzungsmechanismen vorsieht.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Zunehmend drängen Klima, Umwelt, Verbraucher und Soziales auf die politische Agenda der EU. Initiativen sind zu unterstützen solange sie die Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarkts stärken, einer umfassenden und präzisen Gesetzesfolgenabschätzung standhalten, der »besseren Rechtsetzung« genügen und grundsätzlich der internen und externen Wettbewerbsfähigkeit Europas Vorrang geben. Orientierung dafür sollte auch eine »Post-Lissabon-Strategie« liefern, die vor allem in der europäischen Dimension zu stärken ist. Mitgliedstaaten und EU sind in der Pflicht, den Herausforderungen aktiv zu begegnen. Die EU-Kommission sollte eigene Legislativvorschläge stets auf deren Auswirkungen auf die interne und externe Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und der Unternehmen prüfen. Aktuelle Vorhaben, wie etwa die Novellierung des Emissionshandels oder die Ausweitung von Antidiskriminierung verdeutlichen Verbesserungspotenzial.

### Positionen des BDI:

**Vorrang für »Wettbewerbsfähigkeit« einräumen:** Wachstum und Beschäftigung haben die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Standorten und Unternehmen zur Voraussetzung. Darauf ist Wirtschaftspolitik europäisch und national auszurichten.

**Koordinierte Strategie fortführen:** Bisherige Erfahrungen sollten nach dem Jahr 2010 in eine Strategie mit klaren Prioritäten, ehrgeizigen Zielen und effizienten Umsetzungsmechanismen münden.

**Mitgliedstaaten und EU gleichermaßen verpflichten:** Beide Ebenen stehen in der Verantwortung, eine Strategie für Wettbewerbsfähigkeit zum Erfolg zu führen. Daran sind nationale und europäische Vorhaben zu messen.

## Zukunftsfähige Europäische Union

Damit die Europäische Union auch in Zukunft erfolgreich und handlungsfähig bleibt, bedarf es neben der Erweiterung auch der strategischen Vertiefung Europas.

Zur zukunftsgerechten Entwicklung der EU gehört der »Vertrag von Lissabon«. Seine Inhalte sind zu begrüßen, auch wenn einzelne Punkte hinter den Erwartungen zurückbleiben. Seine Umsetzung könnte einen Beitrag dazu leisten, dass die EU transparenter, effizienter und schneller entscheiden kann.

Eine zukunftsfähige EU gibt dem Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit Vorrang. Das erfordert eine »Post-Lissabon-Strategie«, die zentrale Herausforderungen benennt und konkrete Lösungsansätze und effiziente Umsetzungsvorschläge für die nationale und europäische Ebene entwickelt. Am Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit sind auch Initiativen, u. a. in den Bereichen Klimaschutz, Umweltschutz, Verbraucherschutz und Soziales zu messen.

Sichtbares Zeichen einer zukunftsfähigen EU ist ein moderner EU-Haushalt. Dieser ist durch Reformen auf der Ausgabenseite (Strukturpolitik, Agrarpolitik) viel stärker auf Bildung, Forschung/Innovation und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Einnahmeseitig ist auf BNE-Eigenmittel zu setzen. Eine EU-Steuer ist weder erforderlich noch sachgerecht.

Die letzten EU-Erweiterungen sind ein Erfolg. Politisch ist das Gewicht Europas in globalen Gremien (WTO) und bei regionalen Integrationsvorhaben (transatlantisch)

gestärkt. Wirtschaftlich tragen intensiver Handel, umfangreiche Investitionen und der Auf- und Ausbau transnationaler Wertschöpfungsketten unter Nutzung aller Standortvorteile zu gesamteuropäischer Wettbewerbsfähigkeit bei. Gerade deutsche Unternehmen nutzen Chancen vor Ort, die zu Wachstum und Beschäftigung auch in Deutschland beitragen. Herausforderung bleibt es, die Länder des Westlichen Balkan auf Grundlage eigener Fortschritte strategisch an die EU heranzuführen, die europäische Perspektive Kroatiens und der Türkei mit Augenmaß zu konkretisieren sowie Brüchen an den EU-Außengrenzen mittels einer gezielten Nachbarschaftspolitik vorzubeugen.

### Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:

Die exportorientierte deutsche Wirtschaft benötigt offene Märkte, vor allem einen funktionsfähigen EU-Binnenmarkt. Die deutsche Handelsquote liegt bei über 70 Prozent. Jeder vierte deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export ab, 2 von 5 Euro des deutschen BIP werden im Ausland verdient. Allein Europa steht für 65 Prozent der deutschen Exporte und 60 Prozent der Importe. Ein funktionsfähiger EU-Binnenmarkt, international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen, voll handlungs- und entscheidungsfähige EU-Organe inklusive effizienter Entscheidungsmechanismen auf europäischer Ebene sowie gezielt eingesetzte EU-Gelder sind wichtige Rahmenbedingungen für mehr Wachstum.

### Positionen des BDI:

**Vertrag von Lissabon in Kraft setzen:** Modernisierte Institutionen, gestraffte Entscheidungsmechanismen, klarere Kompetenzzuweisung und mehr Subsidiarität erreichen.

**EU-Gelder effizient einsetzen:** Mehr Investitionen in Innovation und Forschung, Bildung und Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen.

**EU-Erweiterung mit Augenmaß vorantreiben:** Länder auf Grundlage eigener Fortschritte strategisch und nach transparenten Regeln an die EU heranzuführen.

## Verbraucherpolitik

Eine Politik, die im Namen des Verbraucherschutzes durch Verbote, Regulierungen oder fiskalische Maßnahmen übermäßig in Verbrauchermärkte eingreift, geht zu Lasten von Freiheit und Eigenverantwortung von Konsumenten und Anbietern.

Mittelfristig bedeutet Überregulierung den Verlust von Produktvielfalt und Arbeitsplätzen und damit den Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum. Das kann nicht im Interesse der Verbraucher sein.

Durch stetige Innovationen wurden und werden die Produkte in Deutschland immer sicherer, kundenorientierter und umweltfreundlicher. Die Politik muss dafür sorgen, dass auch künftig genügend Spielräume für Innovationen erhalten bleiben. Politische Rahmenbedingungen, die für ausreichenden Wettbewerb auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen sorgen, sind der beste Verbraucherschutz. Sie respektieren die Souveränität der Verbraucher, die ihre Entscheidungen eigenverantwortlich treffen müssen. Denn es sind die souveränen Konsumententscheidungen der Verbraucher, auf die die Hersteller und Anbieter reagieren müssen, wenn sie am Markt bestehen wollen.

### **Rahmenbedingungen für mehr Wachstum:**

Verbraucherpolitik in der Marktwirtschaft sollte auf einen Ausgleich zwischen sachlich gebotener Reglementierung und der Verantwortung der Unternehmen für sichere und qualitativ hochwertige Güter abzielen.

Gute Verbraucherpolitik sichert den Wettbewerb um die besten Produkte, fördert die freie Kaufentscheidung der Verbraucher und stärkt die Attraktivität Deutschlands im globalen Standortwettbewerb. Wirtschaft und Verbraucher haben ein gemeinsames Interesse an guten und sicheren Produkten, an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und an einem nachhaltigen Umgang mit knappen Ressourcen.

### Positionen des BDI:

**Leitbild mündiger Verbraucher:** Voraussetzung für mündige Verbraucher, die im Markt ihren individuellen Präferenzen Ausdruck verleihen, ist ein funktionierender Wettbewerb.

**Regulierungseifer der EU mäßigen:** Auf nationaler Ebene ist bereits ein hohes Verbraucherschutzniveau etabliert. EU-Initiativen wie die »Made-In«-Verordnung oder die »Health-Claims«-Verordnung schaffen unnötige neue Regulierungen.

**Verbraucherbildung stärken:** Die Verbraucher müssen in die Lage versetzt werden, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und dürfen nicht, etwa durch eine Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln, bevormundet werden.

# Impressum

---

BDI-Drucksache Nr. 417  
ISSN 0407-8977  
Stand: Dezember 2008

**Herausgeber:**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

**Verlag:**

Industrie-Förderung GmbH, Berlin

**Gesamtredaktion:**

Thomas Stammen  
Leiter Grundsatzangelegenheiten und Reden  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)  
Telefon: 030.2028-1615  
Telefax: 030.2028-2615  
E-Mail: [t.stammen@bdi.eu](mailto:t.stammen@bdi.eu)

**Gestaltungskonzept:**

Factor Design

**Layout und Druck:**

DCM – Druck Center Meckenheim

**Fotos:**

Coverfoto links: BDI/photocase

